

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Plenums, Redaktions- und Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte bestrichene Wort 25 Pfennig (zuletzt 20 Pfennig), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellungslocher das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Werbemarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen im Abonnement Seite 40 Pfennig, Einzelaufnahme im Hauptgeschäft Linienstraße 2, wochentags, von 9½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 17, Berlin SW 68.

Panzerschiff-Krise?

Entscheidung wahrscheinlich schon am Freitag.

Nach der Entwicklung der letzten Tage ist auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Meinung, daß es unwahrscheinlich wäre, erst über die Außenpolitik zu reden, solange nicht die Panzerschiff-Frage entschieden ist. Nach Abschluß der Debatte über die große Aussperrung wird also sofort der sozialdemokratische Antrag zur Beratung kommen, den Bau des Panzerschiffes A einzustellen.

Gestern vormittag war der Reichkanzler, Genosse Hermann Müller, beim Reichspräsidenten, mittags hatte er eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Groener. Ueber diese beiden Besprechungen hat der Reichkanzler mit einem engen Kreis von Politikern gesprochen, und über das, was er berichtet hat, ist auch schon in verschiedenen Zeitungen teils Wahres, teils Falsches erzählt worden. Richtig ist, daß sich der Reichspräsident mit sehr großer Entschiedenheit für den Bau des Schiffes eingesetzt hat, und daß Herr Groener angekündigt hat, er werde unwiderruflich zurücktreten, falls der sozialdemokratische Antrag eine Mehrheit finde. Falsch ist — wie noch manches andere — die Behauptung, der Reichswehrminister habe auf den Reichkanzler einen Druck auszuüben versucht durch die Drohung, daß er auch dann zurücktreten werde, wenn der Reichkanzler mit seiner Fraktion, also gegen das Panzerschiff stimme. Vielleicht ist dieses Gerücht darauf zurückzuführen, daß man in bürgerlichen Parteikreisen eine Krisengefahr sieht, wenn die Kabinettsmitglieder bei der entscheidenden Abstimmung gegeneinander stimmen.

Eine gewisse Verschärfung der Lage ist auch durch das Bekanntwerden der Nachricht entstanden, daß der Reichswehrminister bereits Aufträge im Betrag von 32,3 Millionen Mark vergeben hat. Der Reichswehrminister rechtfertigt sein Verhalten mit dem § 24 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung, der besagt: „Verträge ... dürfen endgültig erst abgeschlossen werden, nach dem erstmals die Mittel zur Deckung der aus ihnen dem Reiche erscheidenden Ausgaben durch den Haushaltsplan bewilligt worden sind.“

Formaljuristisch mag der Reichswehrminister durch diesen Paragraphen gedeckt sein. Politisch betrachtet sieht jedoch die Sache anders aus. Die erstmalige Bewilligung der Mittel ist in diesem Fall durch einen Reichstag erfolgt, der nicht mehr existiert, und die größte, im Wahlkampf siegreiche Fraktion des Reichstags hat einen Versuch unternommen, diesen Beschluß des alten Reichstags durch den neuen wieder aufzuheben zu lassen. Diesen Versuch wird die sozialdemokratische Fraktion entschieden fortsetzen, und sie wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um ihn zum Erfolg zu führen. Die vorzeitig vergebenen Aufträge können dabei kein Hindernis sein. Sie müssen eben rückgängig gemacht werden, wenn der Reichstag die Einstellung des Baues beschließt.

Wie stehen die Aussichten des sozialdemokratischen Antrags? Seit gestern wird mit Hochdruck gearbeitet, um alle bürgerlichen Parteien auf den Standpunkt des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers zu bringen. Sollte diese Arbeit Erfolg haben, dann würde die Sozialdemokratie in der Minderheit bleiben. Auf der anderen Seite steht fest, daß auch bei den bürgerlichen Wählern, von den ganz rechtsgerichteten Kreisen abgesehen, sich mehr Abneigung gegen als Begeisterung für das Panzerschiff zeigt.

Das Panzerschiff ist eine Erbschaft Geßlers und des Bürgerblocks. Groener und das Zentrum haben geglaubt, diese Erbschaft übernehmen zu müssen. Auch für sie — zum mindesten für das Zentrum — handelt es sich dabei um eine als lästig empfundene Verpflichtung, und vielleicht gerade deshalb herrscht bei ihnen eine gewisse Gereiztheit gegenüber der Sozialdemokratie, die diese Verpflichtung nicht übernehmen will. Dabei wird vergessen, daß die andere Seite nur fortsetzt, was sie schon begonnen hat, während der Sozialdemokratie die Preisgabe ihres bisherigen Standpunktes zugemutet wird. Diese Zumutung lehnt die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die sich etwa daraus ergebenden Konsequenzen ab.

Die vernünftigste Lösung aller Schwierigkeiten würde darin bestehen, daß jeder Abgeordnete und Minister einfach nach seiner Ueberzeugung stimmt und daß sich dann alle der Entscheidung des Reichstags fügen. Diese Lösung wäre schon deshalb richtig, weil man eben mit Krisenlösungen die Sozialdemokratie von ihrer Haltung nicht abbringen kann. Es ist nicht unsere Sache, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was werden soll, wenn mit diesen Drohungen Ernst gemacht wird. Wenn der Reichswehrminister geht und wenn — wie behauptet wird — dann das gegenwärtige Kabinett zu Fall gebracht wird, werden die Urheber der Krise für die Neuordnung der Dinge sorgen müssen. Dann wird sich zeigen, ob man in diesem Reichstag gegen die 153 Sozialdemokraten regieren kann oder ob man vielleicht dem Volke selbst die letzte Entscheidung zu-

schieben will. Diese Entscheidung durch Auflösung und Neuwahlen anzunehmen, ist die Sozialdemokratie jederzeit gerne bereit.

Der Sozialdemokratie wird man durch Entfesselung einer Krise ganz gewiß keinen Schaden tun. Ob man dadurch dem Reich Nutzen oder das Gegenteil davon bringt, das zu überlegen ist die Sache derer, die mit der Krise spielen.

Für die Sozialdemokratie besteht zu Ausgereiztheit kein Grund. Sie tritt in die kommenden Tage, die vielleicht stürmisch werden können, mit Ruhe und Festigkeit ein.

Heute vormittag hat das Reichskabinett Sitzung. Am Abend nach dem Plenum berät die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

WTB. erläßt folgende Erklärung:

Zu den Pressemitteilungen über die Vergebung der Arbeiten für das Panzerschiff wird folgendes bekanntgegeben: Die durch den Haushalt 1928 verfügbaren Etatsmittel von 9,3 Millionen sind im Augenblick bis zur Höhe von 6 Millionen verausgabt. Die Genehmigung der ersten Rurale letzte der Marineleitung die Verpflichtung auf, über die Vergebung des Gesamtobjekts zu verhandeln und die größeren Teile zu vergeben, wozu sie nach § 24 der Reichshaushaltsordnung ermächtigt und aus wirtschaftlichen Gründen verpflichtet war. Die hieraus sich ergebenden Bindungen belaufen sich einschließlich der bereits verausgabten 6 Millionen auf 32,3 Millionen, die erst mit Bewilligung der einzelnen Jahresraten in den folgenden Haushaltsjahren fällig werden.“

Abrechnung mit den Scharfmachern

Genosse Brandes spricht über den Ruhrkonflikt.

Der Reichstag lehnte am Dienstag die Ruhr-Aussperrungsdebatte fort.

Eingegangen ist mit dem gestrigen Datum der Jahrsfeier Deutschösterreich ein Antrag der Demokraten, allen im Reich wohnenden Bürgern Deutschösterreichs das reichsdeutsche Wahlrecht zu gewähren sowie der Gesetzesentwurf des Reichsinnenministers Seeberg auf Vereinfachung des Wahlrechts mit Preußen.

Erster Redner des zweiten Tages der Aussperrungsdebatte ist

Abg. Brandes (Soz.):

Der kommunistische Abg. Florin hat gestern eine solche Fülle falscher Behauptungen gegen die Gewerkschaften, gegen meine Parteifreunde und über die ganze Situation ausgesprochen, daß ich meine Redezeit aufbrauchen würde, wollte ich alle diese Unwahrheiten widerlegen. Das werden Sie mir nicht zumuten. (Allgemeine Zustimmung.) Ich würde dadurch auch den Aussperrten, um deren Wohl und Wehe es geht, keinen Dienst erweisen. Im Gegenteil! (Sehr richtig.) Die Aussperrten werden schließlich selbst zu entscheiden haben, ob es zu verantworten ist, daß in diesem schweren Kampf der Gewerkschaften gegen einen fanatischen Gegner die Unternehmer unterstützt werden durch das Vorgehen der kommunistischen Partei. (Beif. Zustimmung v. d. Soz.-Unruhe bei den Komm.) Arbeiten Sie (zu den Komm.) nur ruhig so weiter, dann wird sich der Prozeß fortziehen, den wir ja feststellen können. Sie sind heute schon die Partei der Indifferenten und der Berärgerten und haben bei ersten Leuten ausgespielt. (Geschrei der Komm.) Nun zur Sache!

Die Erregung über diesen rücksichtslosen Angriff der Unternehmer erinnert an die Rosenbergtage vor 10 Jahren. Damals hat die Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiter zum Aufstieg geführt. Es ist unerträglich für einen Rechtsstaat, daß eine Handvoll Leute hunderttausende, ja Millionen brotlos machen kann — nur deswegen, weil der Staat Frieden stiften wollte auf Grund der Gesetze, wobei die Forderungen der Arbeiter nur zu geringem Teil bewilligt worden sind. In dem größten deutschen Industriegebiet herrscht deswegen eine Kampf Stimmung wie 1923/24. Die Gesamtwirtschaft ist auf das schwerste erschüttert und der Reichstag ist verpfändet eingezugreifen.

Die Lohnaufbesserung durch den Schiedsspruch bleibt erheblich zurück hinter den Forderungen der Gewerkschaften und diese Löhne gelten bis 30. März 1929. Es war nicht leicht für die Gewerkschaften, diesem Schiedsspruch zuzustimmen. Die Unternehmer oder antworteten, indem sie das Reich durch die Mißachtung der Verbindlichkeitsklärung verhöhnten. (Sehr wahr!) Die Unternehmer wollen den Schlichtungsweifen mit allen anderen sozialpolitischen Einrich-

tungen zertrümmern, dazu haben sie schon 50-Millionen-Fonds errichtet.

Hunderte Male sind Schiedssprüche vom Schlichter allein gefällt worden — niemals haben die Unternehmer dagegen protestiert. Die Akkordhöherungen sind früher auf Verlangen der Unternehmer in die Schiedssprüche hineingekommen, jetzt wollen sie daraus die Rechtsunwirksamkeit ableiten!

Dieser Schiedsspruch ist geradezu eine Kopie vieler anderer, gegen die die Unternehmer niemals Einspruch erhoben haben. Das gestrige Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts wundert einen nicht, wenn man weiß, daß 55 Prozent aller Schiedssprüche nicht für verbindlich erklärt werden konnten, weil sie grobe Formfehler enthielten. Warum sind die Unternehmer nicht an das für den Sitz ihres Verbandes zuständige Arbeitsgericht in Düsseldorf gegangen, sondern nach Duisburg? (Beif. Zustimmung.) Vielleicht weil dieser Vorfall in einem Kampf der Binnenarbeiter eine extreme gewerkschaftsfeindliche Haltung eingenommen hat? (Hört, hört!) Derselbe Richter hat, nicht in der Verhandlung, aber nachher in der Presse eine Urteilsbegründung gegeben, in der ganze Stellen aus den Darlegungen der Unternehmer entnommen sind. (Hört, hört!) Der Richter sagt, es sei gerichtsbeamtet, daß der Schiedsspruch nur vom Schlichter allein gefällt worden sei; die Schlichtungsberatung ist doch geheim, jene Behauptung kann nur durch Bruch der Vertraulichkeit entstanden sein und das nennt er gerichtsbeamtet! (Sehr gut.)

Wir müssen befürchten, daß dieser Richter Tatsachen unrichtig feststellt hat. In diesem Falle müßten wir das Landesarbeitsgericht anrufen, denn das Reichsarbeitsgericht ist nur Revisionsinstanz; sollten Tatsachen falsch festgestellt sein, so müßten wir auf Verantragung der Sprungrevision verzichten.

Die Unternehmer haben den Kampf gewollt, Beispiele dazu hat es genug gegeben, so in dem bekannten Hagener Fall. Wir sind zur Verhandlung bereit, aber nur unter Anerkennung des Schiedsspruchs, denn wozu würde es führen, wenn die Arbeiter sehen müßten, daß nur zu ihrem Nachteil Schiedssprüche mit Erlaß für verbindlich erklärt werden, aber nicht, wenn die Unternehmer es verbieten.

Auch nach dem Schiedsspruch bleiben die Löhne noch unter denen in zahlreichen anderen deutschen Unternehmen. Dazu kommt die Rationalisierung, deren Erlöse sich darin ausdrücken, daß immer noch rund 60000 Arbeiter 60 Stunden in der Woche arbeiten, 75000 noch 57 Stunden, 90000 noch 54 Stunden, 84000 noch 56 Stunden und nur 19000 bloß 48 Stunden in der Woche, jedoch auch diese nur zwei Wochen lang, während in der dritten Woche eine Schicht dazu kommt! (Hört, hört!) Es wäre doch traurig, wenn eine so hoch rationalisierte Industrie diese Vorkühnung nicht ertragen könnte. Was die geringe Erhöhung der Akkordlöhne anbetrifft, so beträgt sie in drei Vierteln aller in Frage kommenden Werte nur 2 Pf., bloß bei einem bescheidenen Teil 6 Pf. Die Lohnsteigerung erhöht die Produktionskosten nur um zwischen 1/2 und 2 Proz., in wenigen Fällen um 2 1/2 Proz. Das soll untragbar sein. Als aber der Kampffonds geschlossen wurde und sich dagegen eine gewisse Opposition zeigte, erklärte Herr Bönsgen den Opponenten, es handle sich doch nur um 2 1/2 Proz. der Lohnsumme!

Für Kampfbeiträge ist das Geld da, aber wenn es um den Menschen geht und um seine Kultur, dann sind diese 2 1/2 Proz. Erhöhung untragbar!

(Hört, hört!) Wir haben keine genauen Unterlagen dafür, wie die Lohnsteigerung auf die Preise wirken würde. Darüber gibt es nur Verhältniszahlen aus verschiedenen Zeiten, die sich schlecht miteinander vergleichen lassen. Unser Vorkühnung, exaktes Material darüber einer aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzten Kommission vorzulegen, ist abgelehnt worden. Es wird absichtlich Verheimlichungs- und Verschleiernstaktik getrieben. Höchste Zeit wird es, daß auch für das Eisen ein Selbstverwaltungskörper geschaffen wird, allerdings ein anderer als der Eisenwirtschaftsbund, der trotz seiner Unzulänglichkeit von den Unternehmern in der heftigsten Weise bekämpft und schließlich auch eingekerkert worden ist. Die Erzpreise sind längst wieder auf die frühere Höhe heruntergegangen, die Schrottpreise sind erheblich gesunken, die Frachtkategorie ist demagogisch übertrieben worden. Durch die Rationalisierung ist die Leistung der Ar-

Beginn der Vermittlungsaktion

Grundständige Bereitschaft der Parteien.

8. 11. 13. November. (Eigenbericht.)

Der Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Bergemann, hat heute sowohl die Vertreter der Unternehmer wie der Gewerkschaften zu sich geladen, um festzustellen, ob beide Parteien in dem Kampf in der nordwestlichen Eisenindustrie geneigt sind, einen Vermittlungsversuch des Regierungspräsidenten zu unterstützen.

Die Vertreter beider Parteien haben ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt. Nach Klärung der Vorfragen über die Grundlagen der zu führenden Verhandlungen wird der Regierungspräsident beide Parteien an den gemeinsamen Verhandlungstisch bringen. Ob und wann dies möglich sein wird, hängt davon ab, ob und wann es dem Regierungspräsidenten gelingt, eine Verhandlungsgrundlage zu vereinbaren.

Man hofft jedoch, daß es bereits morgen, Mittwoch, möglich sein wird, den Kernsatz für die gemeinsamen Verhandlungen festzusetzen.

...steigern, beim Roh Eisen 1925/26 um 15 Proz., im vorigen Jahre um 27 Proz., beim Kohlstahl 1923/26 um 40 Proz., im darauffolgenden Jahr um 42 Proz., 1928 aber wird erst die volle Auswirkung der Rationalisierung bringen und dadurch eine weitere Steigerung. Aus allen diesen Gründen haben selbst unternehmerfreundliche Blätter die Stellungnahme der Unternehmer nicht verstanden können, sondern den Schiedsspruch als verständlich angesehen und die Verbindlichkeitsklärung durchaus gutgeheißen. Die Unternehmer verweisen auf die ausländische Konkurrenz bei niedrigeren Löhnen, England und Standinavien, erst recht Amerika zahlen bedeutend höhere Löhne, nur Belgien, Luxemburg, Frankreich und einige kleinere Distrikte niedriger. Aber diese Industrien müssen Rots aus Deutschland beziehen, und dadurch ist schon ein Ausgleich geschaffen. Die Verarbeitung von Minette in jenen Industrien erfolgt in Oefen bis etwa 250 Tannen Leistungsfähigkeit, während die Oefen in Deutschland eine Leistungsfähigkeit von 700, 800, ja 1000 Tannen haben. Auch hier ist also der Vergleich gegeben.

Vor der letzten Preiserhöhung wurde behauptet, man müsse mehr Arbeiter einstellen und daher die Preise erhöhen. Die Preise sind erhöht, aber mehr Arbeiter nicht eingestellt worden.

Die Arbeiterzahl ist fast unverändert, und das in einer Zeit, von der Herr Brügel im Engweltausgleich erklärt hat, daß sie eine Zeit der besten inländischen Konjunktur gewesen sei, in der man 90 bis 95 Proz. der inländischen Arbeitskraft auszunutzen vermochte. Die Unternehmer haben 700 Millionen Rubrentschädigung erhalten, das Reich hat sie gefördert, sie sind bisher immer bevorzugt worden. Jetzt muß das Reich den ausgesperrten Arbeitern helfen und den Betrag von den Unternehmern einzuziehen, wie das unter Gehlenwurf fordert. Jetzt Änderungen im Schlichtungswesen nach dem Antrag Stögerwald vorzunehmen, hieße den Unternehmern das Spiel erleichtern.

Das Schlichtungswesen soll Tarifabschlüsse fördern und erleichtern, weiter soll es nicht, und darum können wir, wenigstens jetzt, den Zentrumsanträgen nicht zustimmen.

Den Unternehmern muß eine nachdrückliche Lehre erteilt werden, daß ähnliche Aussperrungen auf absehbare Zeit vermieden werden. Ist das geschehen, wird es Zeit sein, die Erfolge der gesetzgeberischen Ausnahmen, etwa durch die Errichtung eines Selbstverwaltungskörpers für die Eisenindustrie. Sollten die Unternehmer aber halsstarrig bleiben, so fordern wir von der Regierung die unverzügliche Ausperrung der Glanzölle. (Beifall links und in der Mitte.) Und schließlich würde auch die Enteignung solcher Unternehmer zu erwägen sein, die ihr Eigentum übermäßig zum Schaden des Volkes und zur Zulassung gegen den Staat mißbrauchen. (Beifall Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern die Wiederentnahme dieses Rechtsbereichs und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Forderungen. (Beifall links und den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Eideiner-Wildau (Dntf.)

Wir bedauern, daß der Arbeitsminister, wenn auch in zurückhaltender Weise, durch seine Ausführungen über die Reichslage den weiteren Entscheidungen der arbeitsgerichtlichen Instanzen vorgegriffen hat. Die Deutschnationalen wollen mit Rücksicht auf die noch ausstehende letzte Entscheidung weder die eine noch die andere Kampfpartei unterstützen. Auch dieser Konflikt ist aus der Wirtschaftsentwicklung seit der Stabilisierung erwachsen. Die Rentabilität anderer Industrie ist ungenügend, besonders schwere Arbeitsbedingungen geben den Arbeitern der Eisen- und Kohlenindustrie den Anreiz auf angemessenen Lohn und sozialen Schutz der Arbeitskraft. Bei dem vorigen Tarifabschluß hat der Schlichter erklärt, diese Industrie werde nach der Arbeitszeitverkürzung weitere Lohn-erhöhungen in der nächsten Zeit nicht ertragen können. Die Forderung der Arbeiter auf Lohnhöhung ist berechtigt, aber einen Kampf darum die zur Vernichtung der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit zu führen, würde bedeuten, daß man auf Kosten der Zukunft lebt. Ist es richtig, daß die Arbeitgeberorganisation Anfang Oktober dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsministerium ihr gesamtes Preisberechnungsmaterial vorgelegt hat, dessen Prüfung aber abgelehnt worden ist? Das wäre ein Zeichen von Scheu vor unangenehmer Verantwortung gewesen. Im Gegensatz zum Abg. Stögerwald hat der Führer der freien Gewerkschaften Theodor Leipart erklärt, ein Schiedsspruch könne nicht als Tarifvertrag mit allen Konsequenzen gelten. Er stelle nur einen Verwahrungspunkt dar, zu dem die Betroffenen Stellung nehmen können. Läßt man den verbindlichen Schiedsspruch als Tarifvertrag gelten, dann bleibt von Koalitions- und Streikfreiheit wenig übrig, dann würden die Arbeits- und Lohnbedingungen schließlich nicht mehr vereinbart, sondern bestimmt werden durch eine nicht einmal unparteiliche staatliche Stelle, denn das Reichsarbeitsministerium wird ja durch eine politische Partei besetzt. Eine solche Entpersönlichung des Arbeitsverhältnisses wäre verhängnisvoll. Zu Frieden, Freiheit und Brot kommen wir erst, wenn wir Veröhnung nach innen und Klassenkampf nach außen führen, nämlich Klassenkampf unseres unterdrückten Landes gegen die Unterdrücker. (Beifall links und Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

Reichsarbeitsminister Bissell:

Die Frage des Vorredners beantworte ich dahin, daß am 5. Oktober die Industriellen dem Reichswirtschaftsminister und mir Material unterbreitet haben, das die schwere Lage ihrer Industrie beweisen sollte. Wir haben dieses Material entgegengenommen, uns zur Entgegennahme weiteren Materials bereit erklärt. Welchen Eindruck das Material der Industriellen auf mich gemacht hat, erleben Sie daraus, daß ich den Schiedsspruch für verbindlich erklärt habe. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner hat mir vorgelesen, daß ich die Reichslage hier dargestellt habe. Hätte ich das nicht getan, so wäre mir sicher der Vorwurf gemacht worden, daß ich meine Reichsposition für zu schwach hielt, um sie zu verteidigen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat geschrieben: „Das große Unheil, das durch die unerwartete Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs hervorgerufen ist, hat viele zum Nachdenken angeregt.“ Also die Verbindlichkeitsklärung soll das große Unheil angeregt haben. Das war am 9. November, am 10. November schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, man habe dem sozialdemokratischen Arbeitsminister die Vertretung dieser Sache im Reichstag übertragen, um seine Verantwortung für die Entstehung und Lösung des Konflikts klar und deutlich hervortreten zu lassen. Hat nun die Verbindlichkeitsklärung den schmerzlichen Konflikt und die Zustimmung herbeigeführt oder nicht vielmehr die Aussperrung? (Sehr wahr!)

Ob die Verbindlichkeitsklärung gekommen wäre oder nicht, oder ob ich noch eine weitere Frist angeordnet hätte — es wäre ausgesperrt worden!

(Beifall links und im Zentrum, Widerspruch rechts.) Die „Bergwerkszeitung“ vom 30. Oktober sagte: „Ob die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt oder ausgesprochen wird oder ob noch eine weitere Frist gesetzt wird, es wird am 1. November nicht weitergearbeitet!“ (Zuruf rechts: Die Zeitung kann uns doch nicht binden!) Aber sie ist doch das Sprachrohr der Unternehmer! Ich muß jedenfalls ablehnen, die Zustimmung der Situation herbeigeführt zu haben, sie wäre gekommen, wie ich auch entschieden haben würde. Nur eine wäre anders gewesen: Wenn ich die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt hätte, dann wären meine wirtschaftlichen Kenntnisse und meine Weisheit von den Herren da draußen bis über das Schandheil gekostet worden, während mir jetzt vorgemorren wird, falsch geurteilt zu haben. Aus diesen Gründen habe ich die Reichslage ausmündig ausgesprochen die geringste Abhilfe einer Einwirkung auf die Reichspräsidenten. — Heute haben in Düsseldorf Verhandlungen zwischen den

Die Winterarbeitslosigkeit setzt ein

Die ersten Wirkungen der Aussperrung.

Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit setzt jetzt in der Statistik der unterstellten Arbeitslosen bereits deutlich in Erscheinung. In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 593 600 auf 671 000, das ist um 77 400 oder um 13 Proz. gestiegen. Die Zunahme ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern mit 18 Proz. bedeutend stärker als bei den weiblichen (4,3 Proz.), die in der Berichtszeit zum erstenmal seit Ende Juni eine Steigerung zu verzeichnen haben. Demgegenüber ist in der Krisenunterstützung die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur unerheblich (von rund 89 700 auf 93 000 oder um 3,6 Proz.) gestiegen. Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 Proz., bei den Frauen 2,7 Proz.

Die an sich beachtliche Steigerung der Arbeitslosenziffer hält sich noch durchaus im Rahmen des Vorjahres. Sie erklärt sich in erster Linie durch den Rückgang der Saisonarbeit, wie aus dem Anstieg der Arbeitslosenziffer in den agrarischen Gebieten deutlich zu erkennen ist. In den vorliegenden Ziffern drückt sich noch nicht die Wirkung der Aussperrung in der Metallindustrie des Westens aus. Erst in diesen Tagen machen sich die Folgen der Aussperrung für den Arbeitsmarkt bemerkbar. So zeigt sich eine auffällige Zurückhaltung im Weihnachtsgeschäft und damit ein Stillstand in der Anforderung von Ausschiffsträften, die sonst im November und Dezember immer eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes brachte. Wenn die Aussperrung nicht sofort beendet wird, ist das Weihnachtsgeschäft platt; dem

Parteien begonnen, ich habe mich bemüht, zu erforschen, wie sie stehen, habe aber noch keine Mitteilung bekommen. Ein hoher preußischer Beamter hat sich der Aufgabe unterzogen, eine Verständigung zwischen den Parteien anzustreben. Ich glaube, eine Verständigung ist möglich, unbeschadet der Ausrottung dieser grundsätzlichen Rechtsfrage, die, wenn nicht jetzt, so doch bei einem nächsten Fall wieder aufgeworfen werden würde. Es muß festgestellt werden, ob das Kabinett Luther durch einen seiner Minister eine Verordnung erlassen hat, die den Grundrissen des deutschen Staatsrechts nicht entspricht! Ich glaube, am besten würde es sein, sich über die Wiederaufnahme der Arbeit zu einigen, ohne daß dadurch der endgültigen Entscheidung der Reichsträger vorgegriffen würde. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Moldenhauer (Volkspartei):

Zu diesem Konflikt konnte es nur durch das falsche System einer amtlichen Lohnfestsetzung kommen, wobei politische Motive die wirtschaftlichen überwiegen. Gerade in der Eisen- und Kohlenindustrie ist dieses System bis zur Ausschaltung der freien Lohnvereinbarung und zu einer wahren Zwangswirtschaft ge-
deihen.

In seiner Rede zum 10jährigen Bestehen des Arbeitersinnens hat der Reichstag erklärt, daß der Anteil der Arbeiter an der Wirtschaft nur steigen könne, wenn der Vertrag der Wirtschaft festliegt. Die westliche Schwerindustrie hat aber so schwache Konkurrenzverhältnisse, daß schon die geltenden Löhne kaum zu halten wären. Lohnhöhungen könnten umso weniger ertragen werden, als der Lohnanteil an den Produktionskosten 20 bis 25 Prozent beträgt, wie Herr Stögerwald behauptete, nur 5 Prozent. (Hört, hört! rechts.) Wenn in anderen Betrieben mehr gezahlt wird, so sind sie eben anders gelagert. England mit seinen höheren Löhnen hat eine höhere Arbeitslosigkeit. Lohnhöhung in der Eisenindustrie zieht eine allgemeine neue Lohnbewegung nach sich, wie sich bereits in den Randgebieten zeigt. Durch Preissteigerungen, verminderten Absatz und schlechtere Konkurrenz müßte aber auch die Arbeitslosigkeit wieder steigen.

Das System der amtlichen Lohnfestsetzung ist falsch. Im vorliegenden Fall wurden die Unternehmer dadurch genötigt, sich entweder einem für falsch gehaltenen Schiedsspruch zu unterwerfen oder sich im Gegensatz zu der häufig falsch geführten öffentlichen Meinung zu stellen.

Nicht der Arbeitsminister, sondern das System ist schuld. Die Betriebe können nicht ohne weiteres wieder arbeiten, man kann doch nicht erst den Konturs eines Unternehmens abwarten, um die Unrechtlichkeit des Schiedsspruchs festzustellen. Von Rebellion kann man da nicht sprechen. Wenn ich eine Meute nicht zahle, verlege ich auch das Gesetz, bin aber deswegen noch kein Rebell. Wir begrüßen den Düsseldorfser Vermittlungsversuch. Dem Antrag auf Reichszahlung an die Aussperrten können wir nicht zustimmen, und bitten dringend, den Antrag auf Einziehung dieses Betrages von den Unternehmern zurückzuziehen, denn er würde das Zusammenwirken der Koalitionsparteien, das wegen des Reparationsproblems besonders notwendig wäre, unmöglich machen. (Beifall b. d. Bp.)

Abg. Colosser (B.-B.):

Hoffentlich führen die neuen Verhandlungen zu der notwendigen Verständigung. Die Metallindustrie ist sehr stark belastet. Wir müssen die Volksgenossen vor Elend schützen, aber wir tun etwas zuviel auf diesem Gebiet. Nicht auf die Lohnhöhe kommt es an, sondern auf die Kaufkraft. Die Entscheidung sollte nicht der Arbeitsminister allein haben, sondern ein Kollegium unparteiischer Personen, auch das Reichswirtschaftsministerium sollte vertreten sein. In dem vorliegenden Fall war der Wirtschaftsminister nicht mit dem Arbeitsminister einverstanden.

Abg. Schneider (Dem.):

Die Eisenproduktion beträgt wieder 90 Prozent des Vorkriegsstandes trotz aller Schmierigkeiten. Die Belastung durch den Schiedsspruch soll 4 bis 5 Prozent betragen sowohl für die eigenschaffende wie für die eisenverarbeitende Industrie. Durch die Heranziehung von Werkangehörigen zu Koalitionsarbeiten infolge der Stilllegung sind bereits schwere, ja tödliche Unfälle vorgekommen. Die Schädigung des Handels ist schon jetzt enorm. In der sinkenden Konjunktur, von der man immer spricht, noch solchen Sloß zu führen, ist unverantwortlich. Eine Gelegenheitsgesetzgebung zur Abänderung des Schlichtungswesens lehnen wir ab. Wenn die Aussperrten unterliegen werden, muß das auch den mittelbar Betroffenen gewährt werden. Solch umfangreiche Fälle sollten nicht erst an ein Arbeitsgericht, sondern gleich an das Reichsarbeitsgericht kommen, das Verfahren müßte schneller sein. Nach dem Sieg in der ersten Instanz sollte auch bei den Unternehmern Verhandlungsbereitschaft vorhanden sein. Die Reichsregierung sollte sofort die Initiative ergreifen. (Beifall bei den Dem.)

Abg. Schwarzer (Bayer. Bp.):

Das Volk versteht einfach nicht, wie eine so furchtbare Maßnahme verhängt werden konnte. Die Arbeiter haben in diesem Falle recht. Das Vorgehen der Unternehmer ist ein Schlag gegen die Staatsautorität. Das Schlichtungsverfahren muß so ausgebaut werden, daß Zweifel an den Ergebnissen nicht aufkommen können. Um 6 Uhr abends vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr nachmittags.

Mo die Eisenindustrie im Westen wieder voll im Gange ist, vergehen immer noch mindestens drei bis vier Wochen. Allgemein kann festgestellt werden, daß trotz des Anstiegs der Arbeitslosenziffer, der sich in den nächsten Wochen in verschärftem Tempo fortsetzen wird, von einer ersten Bedrohung der Wirtschaftslage nicht gesprochen werden kann. Das muß mit besonderem Nachdruck gegenüber dem ewigen Gerede der Unternehmerrasse über Gefährdung der Konjunktur durch die Lohnbewegungen hervorgehoben werden. Wohl haben wir zurzeit 250 000 Unterstügte mehr in der Arbeitslosenversicherung als im Vorjahre, aber diese Zahl besagt sehr wenig für den Beschäftigungsgrad, da jetzt die letzten starken Vorkriegsjahrgänge auf den Arbeitsmarkt strömen und die Sterblichkeit nachgelassen hat.

Sturm auf das Schlichtungswesen.

Die Volkspartei setzt einen besonderen Ausschuss ein.

Das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet: Die Reichstagsfraktion der Volkspartei beschloß, einen besonderen Ausschuss einzusetzen, der sich mit der Frage der Reform des Schlichtungswesens beschäftigen und bestimmte Anträge ausarbeiten soll, die die Wiederherstellung des Verantwortlichkeitsgefühls der beiden Parteien bezwecken, das Schwerkraft in die Einigung legen und die stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Momente bei den Schlichtungsverhandlungen zum Ziele haben. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abg. Prof. Dr. Moldenhauer gewählt.

KPD: Mörder verurteilt.

3 Jahre Zuchthaus für den Mörder des Genossen Paris.

Zwickau, 13. November. (Eigenbericht.) Der kommunistische Mörder des sozialdemokratischen Stadtverordneten von Glauchau, Paris, das Mitglied des Roten Frontkämpferbundes Wersch, wurde am Dienstag wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. 3 Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet.

Die Beweisaufnahme ergab an der Hand von fast durchwegs übereinstimmenden Zeugnisaussagen — es wurden mehr als ein Dutzend Augenzeugen vernommen —, daß Paris von den Kommunisten stark angefaßt wurde und insbesondere der als Entlastungszeuge anwesende Kommunist Hellmann Paris lange mit seinem Haß verfolgt hatte. Als die Frontkämpfer sich dem sozialdemokratischen Fackelzug näherten, kürzte Hellmann, Grelich und Genossen mit dem Rufe: „Hier ist er“ auf Paris. Es ist ferner als erwiesen zu betrachten, daß der Angeklagte Grelich auf dem Wege zur Stelle des Zusammenstoßes gerufen hat: „Wer hat ein Messer bei sich?“ — Als diese Laute wurden von dem Angeklagten nicht bestritten.

Die beiden Entlastungszeugen, die Kommunisten Hellmann und Radtschke, zeigten sich als Jammergestalten, die von nichts wissen wollten und nichts beibringen konnten. Die angeführten Laute konnten sie jedoch ebenfalls nicht bestritten. Schließlich ließ auch die Verteidigung die ursprüngliche Rekonstruktion der Tat durch den Angeklagten, er habe einen Schlag mit einer Fackel bekommen, fallen. Diese Behauptung wurde von keinem der Zeugen gestützt. Endlich erklärte auch der Angeklagte, er könne durch den Flammenschlag einer Fackel oder durch Auf, der ihm von einem Fackler in die Augen flog, so irritiert worden sein, daß er nach dem Messer griff.

Die Anklage des Staatsanwalts beschränkte sich auf die Feststellung, daß Notwehr nicht vorgelegen habe und die Absicht der Tötung bei dem Angeklagten vorgelegen haben müsse. Er beantragte wegen Totschlag 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die Verteidigung sprach zwar von einer „fürchterlichen Tat“, beschränkte sich aber im übrigen darauf, den Jahrgang des Mörders als Motiv anzuführen. Der Angeklagte sei ein Opfer schlechter Erziehung und sozialer Mißstände. Die Verteidigung plädierte auf Annahme einer Körperverletzung und Gewährung von mildernden Umständen.

Bauernregierung in Lettland.

Rücktritt der estnischen Rechtsregierung.

Riga, 13. November. (Eigenbericht.) Der Versuch der Sozialdemokratie zur Bildung einer Volksregierung ist gescheitert. Die Verhandlungen zeigten jedoch eine starke Unsicherheit im Parlament, so daß im Lager der Sozialisten nach dem Abzug einer gewissen Zeit die Bildung einer Volkskabinetts für möglich gehalten wird. Vorläufig hat der Bauernbund die Bildung der Regierung übernommen. Die estnische Rechtsregierung ist infolge Differenzen des Bauernbundes mit den Reusländern zurückgetreten.

Eisenbahnanschlag auf Staatspräsidenten Semgal.

Riga, 13. November.

Der Zug, mit welchem der Staatspräsident Semgal, der Parlamentspräsident, der Sozialdemokrat Kalina und die Spitzen des Offizierskorps von den Feiern des lettischen Kriegserbes aus Riga zurückkehrten, wurde gestern vor Mlrau von Bahnpolizisten plötzlich angehalten, weil in einer Wache eine Bombe eingezwängt war. Beim Öffnen der Wache wurde der Zug zweifelslos entleert. Es ist noch nicht festgestellt, ob ein Anschlag vorliegt. Eine strenge Untersuchung ist im Gange. Den Wärter zufolge soll eine mit den Antisemitismen in Verbindung stehende Person auf Grund schwerer Verdachts verhaftet worden sein.

Amerikas moralische Niederlage in Marokko. Das endgültige Wahlergebnis der Präsidentenwahlen in Marokko ergab 56 739 liberale und 33 115 konservativ Stimmen. Damit ist General Roncaba zum Präsidenten gewählt. Die amerikanische Expedition war zum Schutze der früheren konservativen Regierung Ding unternommen worden.

Bei der Innsbrucker Heimkehrparade am Staatsfeiertag und dem gleichzeitigen Arbeiteraufmarsch gab es Zusammenstöße, bei denen insgesamt neun Personen Stichwunden erlitten haben.

Opfer der Wucherer?

Die Mietsunterschlagungen in Sanssouci.

In einem nicht alltäglichen Prozeß hatte das Potsdamer Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. War-muth zu verhandeln. Die Unterschlagungen bei der Kronquitsverwaltung waren Gegenstand dieser Verhandlung. Angeklagt war der 37jährige Amtsgehilfe Albert Rohr aus Potsdam, dem Mietsunterschlagung und Urkundenfälschung zur Last gelegt waren.

Rohr, früher Feldwebel in einem Potsdamer Regiment, war nach seiner Verwundung im Felde durch hohe Protektion als Kastellan im Kaiser-Friedrich-Mausoleum in Potsdam angestellt worden und seit dem 1. Mai 1918 ständig bei der ehemaligen königlichen Gartenintendantur in Sanssouci mit einem Gehalt von 200 Mark und Militärentgelt beschäftigt. Ihm lag die Verwaltung der Miets- und Pächterkasse ob und durch seine Hände gingen Summen bis 200.000 Mark. Die Miets- und Pächtergelder aus den ehemals königlichen Gebäuden und Ländereien wurden bei dem Angeklagten abgeliefert und hierbei nahm er die Gelegenheit wahr und unterschlug etwa 3000 Mark. In einem anderen Fall sandte die Kronquitsverwaltung Berlin dem Angeklagten Gelder zur Auszahlung für die in Sanssouci beschäftigten Handwerker. Auch von diesem Gelde eignete sich Rohr annähernd 2000 M. an. Als man in Berlin feststellte, daß in Sanssouci angeblich verschiedene Mieter mit der Zahlung rückständig waren, sandte man Mahnzettel durch Rohr, die aber in einigen Fällen nicht abgeliefert wurden. So konnten sich die Veruntreuungen in Potsdam monatelang hinziehen. Schließlich griff man ein und entließ Rohr.

Viele Zeugen waren zu der Verhandlung geladen, darunter ehemalige Hofbeamte, Kastellane, Amtsräte usw. In bezug auf die Unterschlagungen war der Angeklagte geständig. Die Urkundenfälschungen bestritt er energig, ebenso die Vernichtung der Mahnzettel. Durch schwere Erkränkung in der Familie war der Angeklagte Berliner Wucherern in die Hände gefallen, die bis zu 30 Prozent von ihm als Beamten der Kronquitsverwaltung genommen haben. Diese Wucherergeschäfte werden für einige Berliner Bombardhäuser noch unangenehme Folgen haben. Staatsanwalt Schröder beantragte ein Jahr neun Monate Gefängnis und Ehrverlust. Das Gericht nahm nur fortgesetzte einfache Unterschlagung an und verurteilte R. zu 8 Monaten Gefängnis bei teilweiser Bewährungsfrist.

Der Selbstmord des Oberprimaners.

Aus Angst vor Erblindung.

Der Selbstmord des 17jährigen Oberprimaners Ulrich Blagens stellt sich als eine der erschütterndsten Jugendtragödien der letzten Zeit dar.

Der junge Mensch war Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in der Kochstraße. Vor einiger Zeit machte sich ein Augenleiden bemerkbar, das sich so verschlimmerte, daß Ulrich B. mehrfach die Befürchtung aussprach, daß er eines Tages erblinden werde. Am Montagabend begab er sich ohne irgendwelche Anzeichen äußerer Erregung in sein Zimmer. Als ihn seine Mutter gestern früh wecken wollte, fand sie ihn am Bettpfosten erhängt auf.

Tobsuchtsanfall Bergmanns.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby legt Berufung ein.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby I hat gegen seine Verurteilung durch das Schöffengericht wegen Beihilfe zum Betrüge Berufung eingelegt, so daß der Strafprozeß nochmals vor der Strafkammer aufgerollt werden wird. Der Angeklagte Paul Bergmann, der mit Bestimmtheit damit gerechnet hatte, daß er wegen seiner Krankheit sofort aus der Haft entlassen werden würde, erlitt, nachdem er ins Gefängnis wieder zurückgeführt worden war, einen Tobsuchtsanfall und brach in Schreiekrämpfe aus. Wegen der Einlegung einer Berufung konnte der Verteidiger mit Bergmann angefaßts seines aufgeregten Zustandes noch nicht Rücksprache nehmen.

Preiswettkochen am Wedding.

Im großen Saal bei Schultze-Pagenhofer, Chausseestraße brodeln und schmoren, kocht und bädert es schon zur frühen Nachmittagsstunde und kulinarische Wohlgerüche verschiedener Art durchziehen wohlighelbig Nase und Gaumen. Da stehen 20 Köchinnen in nagelneuem, schneeweißem Küchendress an 20 nagelneuen Gasherdern, auf denen pyramidenförmig aufgebaut in nagelneuem Nickelkuchengehirren allerlei Wohlgeschmeckendes seiner Vollendung entgegenreist. Die Preisaufrage, die hier zu erfüllen ist, lautet: In kürzester Zeit mit knappstem Gasverbrauch eine Tagesbeifügung, bestehend aus Morgentafel, einem vollständigen Mittagessen, Spülwasser und Wasser für den Abendtee zu bereiten und gleichzeitig im „Küchenwunder“ einen Kuchen zu backen. Als Preis für die besten Lösungen hatte die Berliner Städtische Gaswerke A.-G., die Veranstalterin der Kochkonkurrenz, Gasherde, Bratpfannen, Kocher, Bügelisen usw. gestiftet.

Um 4 1/2 Uhr — der Saal war bereits überfüllt mit Männern, Frauen und Kindern — ertönte der Startschuß. Rausch, Sprang das erste Streichholz an, erste Etappe: Morgentafel. Hausfrauenehre, Befangenheit gegenüber so vielen neugierig und streng beobachtenden Augenpaaren trieb den Kochenden allen vorzeitig die Räte in die Wangen und eine stellte in der ersten Aufregung gleich den leeren Kessel auf die Flamme. Zweite Etappe: Mittagessen. Alles ist bereits vorgekocht, nun heißt es hausfräuliche Routine beweisen und die fünf vorgeschriebenen Gerichte, Erbsuppe, Gulasch, Kartoffel, Mohrrüben und Kompott auf dem zweikammrigen Gasherd schnellstens und schmackhaft zubereiten. Bis dicht an die Köchinnen heran sibt das Publikum und kein Handgriff entgeht ihm; und wenn die am Herd in den Topf guckt, dann gucken all die vielen mit hinein, und man sieht, wie sie würgt, wie sie schnort, man sieht, wie sie dämpft, man sieht eben alles. Und den also kontrollierten wird es heiß und heißer, erheben vom Dampf und dann auch so und die Musik spielt dazu und das Blühsicht flammte so und so oft auf, und da

Die Geretteten der „Vestris“

203 Schiffbrüchige von Dampfern aufgenommen. — Das Schicksal der anderen ungewiß.

Die Katastrophe des englischen Passagierdampfers „Vestris“, der im Atlantischen Ozean auf der Höhe von Virginia aus noch ungeklärter Ursache sank, läßt sich noch nicht ganz übersehen. Nach den neuesten aus New York vorliegenden Meldungen sind alle Rettungsboote und auch das vermifste Rettungsfloß von anderen Dampfern geborgen. Die genaue Zahl der Geretteten fehlt allerdings noch, da sie sich auf mehrere Dampfer verteilt.

Funkprüche der Rettungsdampfer.

Nach Funkmeldungen von den Rettungsschiffen sind bisher insgesamt 203 Schiffbrüchige des gesunkenen Dampfers „Vestris“ gerettet worden, der bekanntlich 350 Personen an Bord hatte. 21 von ihnen wurden von dem Dampfer „Berlin“ aufgenommen. Wie aus Bermuda gemeldet wird, hat der Dampfer „Berlin“ gestern früh ein leeres Rettungsboot der „Vestris“ aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob das Rettungsboot besetzt war und die Insassen ertrunken sind oder ob es unbefehlt durch die Wellen von der „Vestris“ weggespült wurde.

Ein Funkpruch vom Frachtdampfer „American Shipper“ besagt, daß dieser Dampfer 33 Fahrgäste und 90 Mann, die zur Besatzung der „Vestris“ gehörten, aufgenommen habe. Das Schiffschiff „Wyoming“ meldet, daß es die von den Trümmern bedeckte See an der Unglücksstelle gekreuzt und fünf Personen aufgenommen habe. Die Funkstation South Dartmouth in Massachusetts hat einen Funkpruch des Dampfers „Berlin“ aufgefunden, wonach die Besatzung dieses Dampfers einen mit einem Rettungsgürtel treibenden Mann der „Vestris“ rettete. Dieser erklärte, daß er eine Frau mit Kind auf dem Meere treibend beobachtet habe. Ein weiterer Funkpruch teilt mit, daß die „Wyoming“ mit dem Frachtdampfer

„American Shipper“ in Verbindung stehe und daß ein Rettungsfloß der „Vestris“ zwischen beiden Dampfern treibe.

Der Dampfer „Berlin“ meldet weiter, er werde, sobald das Wetter es gestatte, die von dem französischen Landdampfer aufgenommenen Schiffbrüchigen der „Vestris“ übernehmen und dann nach New York weiterfahren. Der Frachtdampfer „American Shipper“, der insgesamt 123 Überlebende aufgenommen hat, wird bis zum Eintritt der Dunkelheit an der Stelle des Unglücks verbleiben.

Das Schlachtschiff „Wyoming“ meldet, daß das Rettungsfloß der „Vestris“ aufgefunden worden ist. An Bord des Floßes befand sich nur noch ein Toter, der anscheinend der Kälte erlegen ist.

Ursache der Katastrophe.

London, 13. November.

Ueber die Ursache des Unterganges der „Vestris“ liegen vorläufig nur geringe Anhaltspunkte vor. Die Sachverständigen in New York und London neigen zu der Ansicht, daß die Stahlplatten des Schiffes während des schweren Sturms am Sonnabend so stark beschädigt wurden, daß Wasser in größeren Mengen eindringen konnte, als die Schiffs-pumpen wieder hinauszupumpen vermochten. Die heute in Plymouth eingetroffene „Rauretania“ bestätigt, daß am Sonnabend ein Sturm von ungeheurer Gewalt über den Atlantik wüthete, der zeitweilig eine Stärke von 100 Stundenmeilen erreichte.

Das Schicksal von 123 ist unbekannt.

Nach der letzten Meldung eines amerikanischen Schiffes sind die gesamte Bemannung und die Passagiere des untergegangenen Dampfers „Vestris“ bis auf 123 Personen gerettet worden. Die vermifsten 35 müssen sich in dem überzähligen Rettungsboot befunden haben.

muß man nun ruhig, unbeirrt von all dem Trara, sink und gut seine Aufgabe lösen.

Unter den erfolgreichsten Preisratern befand sich sogar ein Mann. Nachdem die hausfräuliche Jury hierauf offiziell „abgeschmeckt“ hatte, erfolgte die Preisverteilung. Die Trägerin des ersten Preises, Siegerin am Kochherd — 428 Liter Gasverbrauch in 65 Minuten Kochzeit — tritt in der Kreis der bewundernden Menge. Alles applaudiert. Direktor Friedrich von den städtischen Gaswerken überreicht einen Blumenstrauß und im Hintergrund funkelt und blitzt der schöne, neue Gasherd.

Dieses Wettkochen findet noch und nach in sämtlichen Bezirken, außerdem auch im Reich statt. Die beiden Siegerinnen eines jeden Bezirkes werden im März d. J. in einem für die Stadt Berlin veranstalteten Kochwettbewerb zusammengeführt und die daraus hervorgehenden Siegerinnen haben sich in einem „Reichswettkochen“ mit den Siegerinnen anderer Städte zu messen. Dieses Reichswettkochen soll sich anlässlich der Ausstellung „Gas und Wasser“ im April nächsten Jahres abspielen.

Ein neuer Bata-Prozeß.

„Der unbekannt Diktator Thomas Bata.“

Gestern fand vor der 7. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin der Termin wegen Einspruchs des Verfassers des Buches „Der unbekannt Diktator Thomas Bata“, vertreten durch Dr. Paul Vogl, gegen die einstweilige Verfügung dieses Landgerichts statt, kraft deren das Buch in Deutschland nicht verbreitet werden darf. Dr. Paul Vogl übergab dem Gericht 115 Seiten von eidesstattlichen Erklärungen, in denen Bata's Angestellte und Arbeiter die Richtigkeit der von Philipp gemachten Angaben bestätigten. Alle diese eidesstattlichen Erklärungen stammen aus den letzten acht Wochen und es befinden sich darunter auch Aussagen von Beamten in gehobener Stellung, von Direktoren, Kontrollleuten, Verwaltern und Obermeistern. Nach den Mittheilungen der beiden Rechtsanwälte, die mehrere Stunden dauerten, verkündete die 7. Zivilkammer, daß sie die Beweisaufnahme schließe und den beiden Prozeßparteien im Laufe der nächsten Tage das Urtheil schriftlich zustellen werde. Wir können auf das Urtheil, das für die deutsche Schuhindustrie ebenso wichtig ist, wie für die deutsche Schuhindustrie, zu gegebener Zeit zurück.

Die Todeschiene.

Auf dem Bahnhof Halensee ereignete sich gestern nachmittags ein eigenartiger Unfall. Der 45jährige Lokomotivheizer Otto Köhler, aus der Friedrichstraße 19 in Dichtenberg, kam beim Verlassen der Maschine mit einem Feuerhaken, den er in der Hand hielt, mit der elektrischen Stromchiene in Berührung. Er erlitt dabei lebensgefährliche Verbrennungen und mußte durch die Feuerwehr ins Westend-Krankenhaus gebracht werden. Beim Fensterputzen stürzte der 62jährige Fensterputzer Wilhelm Schmiede aus der Fehrbelliner Straße 82 aus beträchtlicher Höhe von einer Leiter. Sch. wurde mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Verbesserungen im Straßenbahn-Ringverkehr.

Vom 15. November d. J. ab werden die bisherigen Linien 11 und 52 durch Verbindung im Westen über Charlottenburg, Berliner Straße, Laurogener Straße, Kaiserin-Augusta-Allee, Beusselstraße und im Südosten vom Bahnhof Neutölln über Bergstraße und Brih, Rudower Straße bis Buschtrug zu einem Ring zusammengeschlossen. Die neue Linie erhält die Bezeichnung „Südring“ (die bisherigen Linien 11 und 52 kommen in Fortfall). Vom gleichen Tage an wird die Linie 3, Großer Ring von der Turmstraße statt durch die Beusselstraße über Huttenstraße, Wiebestraße, Kaiserin-Augusta-

Allee geführt und die Linie 63 vom Steiner Bahnhof über Invalidenstraße, Kriminalgericht, Köthenower Straße, Turmstraße bis zur Gostowskystraße verlängert.

30 Personen erblindet.

Nach dem Genuß von giftigem Schaffleisch.

Haifa, 13. November.

Schwere Folgen hat der Genuß eines von einer giftigen Schlange gebissenen Schafes für die Bevölkerung eines arabischen Dorfes in der Nähe von Safed gehabt. 30 Personen erblindeten nach dem Genuß von rohem Fleisch des getödteten Tieres und erkrankten zum größten Teil lebensgefährlich. Mehrere Erkrankte sind unter heftigen Schmerzen gestorben. Die ärztliche Untersuchung des Falles hat das merkwürdige Phänomen ergeben, daß diejenigen Personen, die das Fleisch des infizierten Tieres in gekochtem oder gebratenem Zustande genossen hatten, von den Vergiftungserscheinungen gänzlich verschont geblieben sind.

Ein kurzes Vergnügen.

Vor dem Landgericht Berlin I wurde die Ehe des Dr. Benvenuto Hauptmann, des Sohnes von Gerhard Hauptmann, mit der früheren Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe für nichtig erklärt. Die Ehe hat nur wenige Monate gedauert.

Friedrich Brunke, ein Veteran der Arbeit, begeht heute seinem 80. Geburtstag. Brunke schloß sich der Arbeiterbewegung an als er 1872 aus dem Kriege gegen Frankreich zurückkehrte. Der rüstige Alte läßt es sich auch heute nicht verdrießen, an allen Parteiarbeiten der 6. Abteilung teilzunehmen.

Zeugen gesucht! Am 13. Oktober, vormittags 7 1/2 Uhr, wurde ein Radfahrer (Gen. Schultze), Flughafenstraße 44e Berliner Straße in Tempelhof, von einem Auto überfahren und tödlich verletzt. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse abzugeben bei Frau Schultze, Reutölln, Janottstraße 7.

Sprechchor für proletarische Feiertage, Donnerstag, dem 15. November, Übungsstunde in der Funktunde Potsdamer Str. 4, 4 Treppen. Kinder kommen um 18 1/2 Uhr, Erwachsenen um 19 1/2 Uhr. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Die Forderungen der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg. Der Direktor beim Landtag hat der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg mitgeteilt, daß die Eingaben der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg dem Ausschuß des Landtages für die Verkehrsinteressen überwiesen wurden. Es handelt sich bei diesen Eingaben bekanntlich um das Verbot der Gehäuserichtungsangeiger, Abschaffung des Sommerweges und Verbot der Reuberstellung von Altpfahlschienen mit glatter Oberfläche. Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg, deren Geschäftsstelle Berlin SW. 61, Bismarck 61, bittet, ihr auf obige Eingaben irgendetwas bezügliche Mittheilungen, wie Meinung von Unfällen und dergleichen, zukommen zu lassen, damit die Verkehrswacht dem Preussischen Landtag mit weiterem Material versorgen kann. An der Reichsanfallüberwachungsstelle wird sich die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg aktiv beteiligen.

Warum immer Hochleistungs-Klasse-Spezial-Sonder-Typen? Wählen Sie den Wagen zum Fahren den unvergleichlichen

Adler Standard 6

INTERNATIONAL AUTOMOBIL-AUSSTELLUNG BERLIN 1928, HALLE 1, STAND 11.

ADRESSE: PROFFENBERG-UNTERLAGEN-BERTHOLD-WILCOFF

Adlerwerke Filiale BERLIN

Kennen Sie schon alle Sorten von MAGGI'Suppen?

Blumenkohl
Eier-Buchstaben
Eier-Nudeln
Eier-Sternchen

Erbs
Erbs Schinken
Erbs Speck
Grünkern

Königin
Mockerturle
Schenschwanz
Pilz

Reis
Reis-Tulienne
Reis-Tomaten
Rumford

Spargel
Tapioka, echt
Tomaten
Windsor usw.

Alle MAGGI-Suppen schmecken gut - Sie werden zufrieden sein -



Die kommenden Staatsberatungen.

Der Reichshaushaltsauschuss tritt zusammen.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt nahm am Dienstag in Anwesenheit des Reichstagspräsidenten Löbe und der Minister Hilferding, Stresemann und Curtius seine Beratungen auf. Seit seinem Bestehen zum erstenmal wird der Haushaltsauschuss in der laufenden vierten Wahlperiode in der Sitzung von 35 Mitgliedern tagen. Die Vermehrung von 23 auf 35 Mitglieder ist dadurch notwendig geworden, daß der Haushaltsauschuss aufgehoben und die Aufgabe der Rechnungsprüfung dem Haushaltsauschuss übertragen worden ist.

Der Ausschuss wandte sich zunächst der Erledigung geschäftlicher Dinge zu, und es fiel allgemein auf, mit welcher Schärfe die internationalen Regelungen widerprochen, die bisher fast unangetastet und unter ihrer vollen Zustimmung getroffen worden waren. Nach längerer Debatte wurden jedoch mit großer Mehrheit alle Vorschläge des Vorsitzenden genehmigt und u. a. zwei ständige Unterausschüsse eingesetzt, von denen der eine als ständiger Unterausschuss fungieren und alle ihm vom Plenum des Ausschusses zugewiesenen Angelegenheiten vorbereiten soll, während der zweite die Rechnungsprüfung für den Haushaltsauschuss vorzubereiten haben wird. Im weiteren Verlauf der Sitzung besprach der Ausschuss in vertraulicher Verhandlung einige Punkte von der Reichsregierung zugeleitete Vorlagen.

Besprochen wurde ferner auf Befürwortung des Außenministers Dr. Stresemann und Dr. Reichsheim (Soz.) die sogenannte **Emelta-Angelegenheit.**

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding legte dar, daß es sich nicht um die Subvention eines nolleitenden Unternehmens handelt; die finanzielle Auswirkung sei gering, bedeutend aber die politische. Sie wolle verhindern, daß in der Filmindustrie sich ein Monopol herausbilde. Deshalb wüßte die Regierung die Gelegenheit zu benutzen, die ihr die Abwicklung der Phosabund-Angelegenheit gewähre, einen bestimmenden Einfluß auf die Emelta zu gewinnen. Redner legt dar, wie es jetzt möglich sei, dem Reich unter Beizritt zu einem Pool eine Beteiligung von etwa 80 Proz. zu sichern mit etwa nur zwei Millionen Reichsmark neuer Aufwendungen des Reiches. Kulturpolitisch sei das wichtigste finanzielle Interesse liegt bei den Herren, mit denen das Reich zusammengehen wolle, nicht vor; sie hätten die Möglichkeit, heute schon mit dem Ausland abzuschließen, wenn das Reich sich nicht entscheidet.

Hg. Dr. Cremer (D. Sp.) bemerkte, daß das Reich wohl ein staats- und kulturpolitisches Interesse an dieser Transaktion habe. Er fürchte aber, daß das Reich später weitere Aktien übernehmen müsse, da bisher nur 47 1/2 Proz. des Aktienbesitzes Reichseigentum sei. Hg. Erling (Z.) gab der Befürchtung Ausdruck, daß wegen der mangelnden 3 1/2 Proz. an der Mehrheit der Aktien das Reich vielleicht später noch überfordert werden könne. Das Reich müsse versuchen 5 1/2 Proz. zu bekommen, wie beim Radio. Es sich sei ein Einfluß des Reiches auf den Film wünschenswert; es müsse eine Sicherung gegen Mißbrauch getroffen werden.

Auf eine Anfrage des Hg. Reich (Bauer, Sp.) leitete Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die Bestimmungen des Vertrages mit dem Kontraktum mit, die dem Reich kein Bestimmungsrecht in dem Zuschauer und in der Zeitung. Hg. Dr. Schreier (Z.) bemerkte die Auseinandersetzung der kulturpolitischen Gesichtspunkte, die für diese Erwerbung maßgebend seien.

Hg. Dr. Dusaeh (Dnat.): Man wolle das Filmwesen jenseits des Ozeans. Das laufe auf eine parteipolitische Ausnutzung des Films hinaus, wie die des Radio, für die der Reichsfinanzminister einen Beweis geliefert habe. Die Ueberwindungsgefahr dieser Aktien sei bis 1931 ja ausgeschlossen. Er habe einen Beschluß in diesem Augenblick für unnötig, er würde eine Unterböhlung des Parlamentes bedeuten.

Reichsinnenminister Severing erwiderte auf die Vorrede, in der Kriesszeit habe das Reich sich bereits an Filmgesellschaften beteiligt. (Zuruf des Hg. Dr. Dusaeh (Dnat.): Haben wir Krieg?) Die kulturelle und staatspolitische Einwirkung ist heute noch mindestens so notwendig wie in der Kriegszeit, uns eine Notwehr gegen Privatmonopole und einen geistigen Schutz zur Sicherung der Republik zu verschaffen und zu versuchen, die Filme auf ein höheres künstlerisches Niveau zu bringen. Die Filmvorstellungen der letzten Jahre sind nicht besser geworden. In das Klagefeld der späten Information möchte ich einstimmen. Die beiden federführenden Reformen sind das der Finanz und der Wirtschaft. Ich habe aber gern die Gelegenheit ergriffen, mitzutun, denn das Reichsministerium hat auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Bildungsmöglichkeiten in jeder Weise einmal an das Reich herangebracht werden und die Sicherungen gegen Mißbrauch weit genug gehen. Ich bin auch erst gestern mit der Sache beschäftigt worden, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn der große Zweck erreicht wird, psychische Sicherung der Republik, staatspolitische Sicherung und kulturelle Sicherung, darf man nicht bei jedem geschäftlichen Unternehmen nach dem Urteilszeugnis fragen, sondern darauf aufmerklos machen, welchen Wert eine solche Einrichtung hat. Vom Standpunkt meines Referats begrüße ich die Vorlage, die eine Filmpolitik des Reiches ermöglicht. Diese wird keine Sozialisierung sein und keine Beeinflussung zu parteipolitischen Zwecken. Und wenn auf meine Rede im Radio angezweifelt wurde, so möchte ich bemerken, daß ich mit dem Reichsstaatsminister eine politische Funktion verübt habe, die künftig allen Parteien — ohne Anstöße auf die anderen Parteien — zur Verfügung stehen wird. (Zuruf bei den Kommunisten: Mit Ausnahme der Kommunisten?) Wenn Sie für die Sowjet-Republik Propaganda treiben wollen, wird Ihnen die Filmzensur das nicht erlauben. Wenn aber das Reichsinnenministerium künftig durch diesen Vortrag eine Einwirkung auf die Filmproduktion hat, wird dieser nicht in einseitiger parteipolitischer Weise penibros, sondern es werde der Film auf größere künstlerische Höhe gebracht werden.

Die weitere Aussprache beschäftigte sich mit den Grenzen, die einer Filmpolitik des Reiches gezogen sind. Nach weiterer teilweiser vertraulicher Aussprache wurde die Fortsetzung der Besprechung und die Beschlußfassung auf Mittwoch vertagt.

Glückwunsch des Reichstags.

An Deutschösterreich.

Dem Präsidenten des Nationalrates in Wien, Niklas, ist folgendes Telegramm zugegangen:
Aus Anlaß des zehnjährigen Gründungstages der Republik Österreichs sendet im Gefühl freier Stammesverbundenheit und in der Bewusstheit einer gemeinsamen Zukunft unseres Volkes herzlichsten Glückwunsch.
Paul Löbe, Reichstagspräsident.

Ein Philosoph.



„Da entrüßten sich die Leute über die Aussperrung. Verstehe ich nicht. Ich tu seit Jahren nichts und fühle mich großartig dabei...“

Außenpolitik im Unterhaus.

Lloyd George greift an — Baldwin verteidigt sich. — Wortwechsel über die Rheinlandräumung.

London, 13. November. (Eigenbericht.)

Die große Aussprache über die Politik der konservativen Regierung wurde am Dienstag im Unterhaus mit einer Rede

Lloyd Georges

eröffnet, die den liberalen Expremierminister in seiner besten Form zeigte und eine vernichtende Kritik der jüngsten außenpolitischen Aktionen der Regierung Baldwin darstellte. Lloyd George bezeichnete einmündig den Plattenpakt mit Frankreich als einen „bedenklichen Kompromiß zu den Locarno-Verträgen“, deren wirklicher Wert lediglich aus ihrer Wirkung auf das Entwaffnungsproblem erkannt werden würde. Seit Locarno sei die Bewaffnung Frankreichs, Italiens und Großbritanniens nicht vermindert, sondern vermehrt worden. Lloyd George kritisierte dann die Art und Weise des Zustandekommens dieses Kompromisses und stellte insbesondere fest, daß es die Regierung nicht einmal für notwendig gehalten habe, das Zustandekommen dieses Kompromisses zu verständigen. Selbst wenn das Plattenkompromiß ausgegeben sei, wolle die Regierung für ein gut Teil der in der Welt auftretenden Mißverständnisse verantwortlich gemacht werden. Lloyd Georges Polemik gegen die Regierung war besonders wirkungsvoll, als er die von Großbritanniens Frankreich gegenüber gemachten Konzessionen in der Frage der ausgebildeten Arbeiter verurteilte und der Zustimmung Ausdruck verlieh, daß diese Konzessionen im Gegensatz zu den letzten in Verfall übergebenen Versicherungen stehen.

Vor Beginn der außenpolitischen Debatte hatte der Abgeordnete der Arbeiterpartei,

Kennvorhoff,

die Regierung hinsichtlich der in Rheinland ergangenen telegrafischen Urteile wegen Sünden von „Deutschland über alles“ interpelliert. Der Kriegsminister stellte in seiner Antwort fest, daß der Bevölkerung von der britischen Presse keine derartige Behauptung auferlegt sei. Die bestehenden Regelungen seien von der instabilisierten Rheinlandkommission vorgekommen und bereits kurz nach Schaffung dieser Kommission in Kraft gesetzt worden. Auf Grund von deutschen Vorstellungen seien jedoch im Jahre 1924 gewisse Erleichterungen eingetreten. (Aber Beratungen sind demnach gerade von britischen Kriegsgerichten erfolgt, wofür in Wiesbaden der Lokale die Nachricht der Bordung des Zeppelins in Vorkurs mit dem Deutschland-Lied begrüßt wurde.)

Baldwin

antwortete: Wir hätten gewünscht, die Länder mit allgemeiner Dienstplicht zu unserem Standpunkt zu bekehren. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß uns dies gelingen wird. Wir können keinen Zwang ausüben, wir können es nur durch Ueberredung versuchen. Frankreich betrachtet die allgemeine Dienstplicht als wesentlichen Teil der Demokratie. Sie ist in der Zeit der Revolution entstanden. Das „Volk in Waffen“ wurde von dem großen Sozialistenführer in Frankreich, Jaurès, befürwortet. Frankreich wehrt sich gegen den Gedanken eines kleinen Berufsheeres nicht nur im Hinblick auf auswärtige Feinde, sondern auch aus Beforgnis vor einem Staatsstreik.

Die ganze Arbeit des Kommissars ist umsonst gewesen, und die erreichte Vereinbarung ist jetzt fallengelassen worden. Wir haben

alles wieder von vorne

anzufangen. Baldwin bestritt, daß die Besprechungen sich gegen irgendein anderes Land gerichtet hätten. Er erklärte weiter:

In der Rheinlandfrage

ist die britische Haltung immer die gleiche gewesen und wir wünschen, daß das Rheinland geräumt werde, aber wir können die Räumung nicht erzwingen. Eine Zurückziehung der britischen

Truppen allein würde die Schwierigkeiten vielleicht noch vermehren. Aber ich glaube, es besteht eine wirkliche Hoffnung darauf, daß diese Frage in nicht allzu langer Zeit geregelt wird.

Die Räumung ist nach Ansicht gewisser Signalarmbände eng verbunden mit der Reparationsregelung.

Lloyd George sagte: Das steht nicht im Verzuge. Es ist niemals beabsichtigt gewesen, daß die gesamten Reparationsverpflichtungen vor der Räumung des Rheinlandes erfüllt sein sollten. (Zwischenruf: Wer hat denn das auch behauptet?) Die einzige Frage ist, ob Deutschland seine Verpflichtungen gemäß dem Friedensvertrag erfüllt. In dem Augenblick, wo wir festgestellt haben, daß es sie erfüllt, waren wir zur Räumung verpflichtet.

Baldwin erwiderte: Es ist in Frage gestellt worden, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Ich sage nicht, daß wir diese Auffassung auch mit einem Augenblick geteilt haben (17) Ich weise nur darauf hin. Die vorgesehenen Ausschüsse sollen jetzt ernannt werden, und ich glaube, so weit gehen zu können, zu sagen, daß im jetzigen ersten Stadium der Verhandlungen zwischen den Mächten über diese Frage ein Geist und ein Wunsch gezeugt worden ist, eine Regelung zu erreichen, die, wie ich hoffe, das letzte störende Ueberbleibsel der Kriegszeit durch die Räumung des Rheinlandes liquidieren wird.

Der Schluß der Rede Baldwins bezog sich auf das in Amerika durch das Kompromiß erstandene Mißtrauen. Nachdem Präsident Coolidge davon gesprochen hat, daß Europa und den Vereinigten Staaten besteht, scheint es mir richtig, mich darüber zu äußern. Ich glaube, Präsident Coolidge hat recht. Ich bedauere es tief, aber die Ursache zu nennen ist sehr schwer. Alle europäischen Staatsmänner haben sich daran gewöhnt, in Geseit zusammenzutreffen und dort Aussprachen zu haben, durch die sie ihre gegenseitigen Ansichten erlernen. Die amerikanischen Staatsmänner kennen die europäischen Staatsmänner nicht, und die europäischen Staatsmänner kennen die amerikanischen nicht. Wir verstehen nur auf telegraphischem Wege miteinander. Unter solchen Umständen ist es viel schwerer, zu einer gegenseitigen Verständigung zu kommen.

Die Nobelpreise für Literatur.

Bergson und Undset.

Die Schwedische Akademie der Wissenschaften hat den Nobelpreis für Literatur für das Jahr 1927 dem Mitglied der Academie française Henri Louis Bergson und den Literatur-Nobelpreis für 1928 der norwegischen Dichterin Sigrid Undset zuerkannt.

Wenn der Franzose Bergson einen Teil des Preises erhielt, so wird durch diese Ehrung nicht ein Mann belohnt, der zu den phantastischen Schriftstellern, zu den Epikern, Erzählern oder Dramatikern gehört. Doch Bergson ist ein Psychologe der Phantasie. Obwohl er es leugnete, ist er ganz abhängig von jener fantastischen Intuitionstheorie, die in dem Denken alle Erfindungssträfte ansiedelt und nicht die Realität der gegebenen Welt als die Ursache anerkennt, die erst die Gedanken des Menschen befreit. Die Fragestellung lautet bei Bergson genau wie bei Kant: Sind die Gedanken eher als der Denker, ist das Licht eher als das Auge? Dieses logische Problem wird von Bergson vielfach ästhetisch vertieft in seinen Werken „Die unmittelbaren Gegebenheiten des Geistes“ und „Die schöpferische Evolution“. Bergson ist übrigens kein reinblütiger Franzose. Er kam, wie die große Forscherin Madame Curie, aus Warschau nach Paris und wurde dort anfänglich und berühmt als ein sehr geistvoller Erzähler der phantastischen Jugend und außerordentlich großzügiger Stilist.

Die Norwegerin Sigrid Undset ist die zweite skandinavische Frau, die den literarischen Nobelpreis empfängt. Seitdem Ellen Key tot ist und auch Selma Lagerlöf nur noch von ihrem alten Ruhme lebt, geriet Sigrid Undset immer mehr in den Vordergrund. Sie ist heute eine Frau von ungefähr 45 Jahren. Es wird erzählt, daß sie früh die Notwendigkeit kennenlernte, ihr Leben selbst zu verdienen. Schon als Sekretärin in einem Industrieunternehmen schrieb sie ihre ersten Erzählungen, besonders Kindergeschichten, die viel Beifall fanden. Den größten Erfolg, der auch über die nordische Grenze hinausging, erwarb sie mit ihrer Romantrilogie „Kristin Lavransdatter“. Die Begebenheiten spielen zwar im 14. Jahrhundert, doch sind sie nur ein Mittel, um die sozialen Probleme unserer Zeit zu klären. Die feministische Frauenrechtlerin Sigrid Undset entwickelte sich immer mehr zur Propagandistin für gerühmte Bürgerlichkeit.

„Mondnacht.“

Vaufführung in der Städtischen Oper.

„Mondnacht“, Oper in drei Akten von Julius Bittner. Trotz unabwiesbaren Einwänden ein bühnenwirksames Werk, wenn auch nicht in allen Teilen gleichwertig. Ein zweifellosen Erfolg hat die Wiedergabe entscheidenden Anteil. Zum Schluß gelobte Hervortritt für den Dichterkomponisten, für Bruno Walter, Martin und alle Hauptdarsteller, voran Fidejfer, Bericht folgt.
S. P.

Sie haben es gewollt!

Die Konsequenzen des Ruhrkampfes.

Wir wollen hoffen, daß die Vermittlungsaktion des Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Erfolg gekrönt wird und die Unternehmer zu den tarifvertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen wieder die Betriebe öffnen. Unabhängig davon kann das Rechtsverfahren weitergehen, einerseits die Klage der Unternehmer gegen die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs, andererseits die Klage der Gewerkschaften auf Schadenersatz. Ob darüber hinaus auch die Arbeitszeitfrage vorweggenommen wird, ist nicht ausschlaggebend. Jedenfalls sind Vorschläge wie der, den die „Vossische Zeitung“ wiedergibt und der von einem rheinischen Unternehmer der verarbeitenden Eisenindustrie ausgeht, wonach der Schiedsspruch einfach als nicht existierend angesehen, die Lohnhöhe halbiert wird, nicht diskutabel. Grotesk mutet ein zweiter Vorschlag an, der in demselben Blatt veröffentlicht wird, wonach man „in beteiligten Kreisen“ glaubt, daß die Unternehmer die Aussperrung aufheben, die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern würden, „weil durch das Urteil der ersten Instanz ein Streitobjekt zunächst nicht mehr vorhanden ist.“

frieren, daß sie die Herren im Hause sind. Sie wollten das Schlichtungswesen ad absurdum führen und damit den Nachweis liefern, daß der Staat ihnen sonst was kann. Die Unternehmer müssen jetzt die Konsequenzen ihrer Herausforderung tragen.

Die Auswirkungen auf die Reichsbahn.

Abgesehen von der verminderten Personenbeförderung durch die Reichsbahn, leidet der Güterverkehr durch die teilweise oder gänzliche Stilllegung großer Werke außerordentlich. Von den 1600 Güterzügen, die sonst täglich laufen, sollen jetzt 200, also 12 1/2 Proz. aus. Der Verkehr von den sogenannten Hüttenstationen, von denen vorwiegend Produkte der Hütten- und Eisenwerke abtransportiert werden, ist um 50 bis 75 Proz. zurückgegangen. Die Großraumzüge mit den modernen 50- bis 60-Tonnen-Wagen sind zuerst ausgefallen. Auch die übrigen Bagagetransporte haben um 15 Proz. abgenommen, da auf allen Gebieten angefangen der ersten Lage Einschränkungen vorgenommen werden. Die Geschäftsreisenden arbeiten jetzt zum großen Teil vergeblich. Der Gesamtverkehr im Rheinland beläuft sich im ganzen hiesigen Bezirk auf 18 bis 20 Proz.

Auch Klöckner hat ausgesperrt.

WZB. meldet aus Düsseldorf: Nach Zeitungs Meldungen soll der Klöckner-Konzern an der Aussperrung nicht beteiligt sein, da, wie auch der Abg. Stegerwald in seiner Reichstagsrede auf einen Zwischenfall aufmerksam gemacht hat, keine Werke außerhalb des Aussperrungsgebietes liegen. Außerdem habe der Klöckner-Konzern bei den bekannten Beschlüssen der Unternehmer nicht mitgewirkt. Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die Klöckner-Werke A.-G., Abteilung Eisen- und Drahtindustrie, Düsseldorf, gehört dem Arbeitgeberverband Nordwest an und hat auch ausgesperrt. Die Beschlüsse von Nordwest sind unter Zustimmung aller dem Verbanne angehörenden Werke gefaßt worden, auch mit Zustimmung des dem Vorstande angehörenden Vertreters der Klöckner-Werke.

Der Lohnkampf in der Textilindustrie.

Resultatlose Verhandlungen im Münsterland.

Für die Münsterländer Textilindustrie haben dieser Tage Parteiverhandlungen in Münster stattgefunden. Sie verliefen resultatlos. Es ist daraufhin von beiden Parteien der Schlichter angerufen worden. Die Forderung der Textilarbeiter besteht im wesentlichen in einer Erhöhung der Zeitlöhne von 60,5 auf 70 Pf. und einer Erhöhung der übrigen Löhne im gleichen Verhältnis.

Rino und Klassenbewußtsein.

Vor dem „Exzellior-Rino“ in Neukölln stehen zwei alte Verteiler, froh, daß sie endlich wieder einmal Gelegenheit haben ein paar Groschen zu verdienen. Das Theaterpublikum bilden hier Bürger und Proleten. Aber merkwürdig, seitdem jene Verteiler vor diesem Spielhaus stehen, belacht kein Arbeiter mehr das Rino. Man beobachtet, daß der einfach gekleidete Mann den zugestreckten Zettel liest und kehrt macht, während der bessergeteilte „Bürger“ den Zettel wohl durchliest, ihn aber dann ruhig in die Tasche steckt, um sich der Theaterkasse zu wenden.

Der kritische Theaterbesucher merkt sofort, daß da etwas in Ordnung ist. Und was steht auf diesenzetteln?

„In den neueröffneten Lichtspielen „Exzellior“, Neuköllner-Friedrich-Str. 101, sowie in den Lichtspielen „Stier“, Hermannstraße, „Edenpalast“ und „Kudud“, beide in der Danzigerstr., „Kollkrug“, Hermannplatz, und in dem kleinen „U. L.“ Holtenheide, die sämtlich dem Baum-Konzern angehören, sind zum Teil noch unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in diesen Theatern in keiner Weise geregelt. Die Direktion weigert sich die Forderung des Deutschen Künstlerverbandes anzuerkennen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Deutscher Künstlerverband.

Jetzt begreift man: Der Klassengenosse hat noch Stolz im Leibe, er kann auf das Vergnügen verzichten, wenn es heißt, Farbe zu fressen.

Die Republik gefällt ihm nicht.

Der Inhaber der Firma Baer u. Co. Kraußstraße 4, im Belfein seiner Arbeitnehmer wiederholt erklärt, die Arbeitermänner und die Republik seien daran schuld, daß die Arbeiter nicht so begehrt sei.

Dieser Arbeitgeber zahlt seinen Mechanikern Löhne von 1 und 7 Pfennig; Überstunden, wenigstens drei täglich, sind fast Seltenheiten. Zuschläge werden dafür nicht gezahlt. In den letzten Tagen sagte der Herr einem Jungausgelernten, der keine Arbeit stelle verlassen wollte: „Früher, in der Zeit der Monarchie, hat man einem solchen Jungen einfach in die Fresse geschlagen, in der heutigen Republik darf man derartiges leider nicht mehr tun.“

Das zuständige Gewerbeaufsichtsamt dürfte sich etwas mit dieser Firma beschäftigen, besonders wegen der Arbeitszeit.

Zweierlei Maß bei der Firma Altstein.

In Anbetracht der bedeutenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist die Firma Altstein ihrer Arbeiterkraft durch Bewährung einer besonderen Zulage für die niedrigen Entlohnungen entgegengekommen. Leider wurde aber bei dieser Zulagenhöhe die Belegschaft der Tochtergesellschaft Frdnruchowicz nicht mitbedacht. In zwei Verhandlungen hat sich die Belegschaft von Frdnruchowicz mit dieser Anwesenheit beschäftigt. Die stiefmütterliche Behandlung der Belegschaft von Frdnruchowicz hat nun eine große Unzufriedenheit und Erregung bei den Beteiligten hervorgerufen.

Hoffentlich gibt diese Beschwerde der Firma Veranlassung, auch den Wünschen der Arbeiterkraft ihrer Tochtergesellschaft entgegenzukommen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelshausen; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzen; Feuilleton: A. B. Dehmer; Kultur und Sport: Fein Karstadt; Anzeigen: H. Glade; Sämtlich in Berlin; Verlag: Barmbeck-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Formarts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt „Voss“ in Berlin; Berlin SW 8, Lindenstraße 12, Telefon 2, 2. Beleg und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Billige Bücher

Modernes Antiquariat, Restauflagen, Neuausgaben Sämtlich Vorrat

25000 Bände Romane u. Werke der Weltliteratur

in Halbleinen mit farbigem Umschlag, teilweise in Feinen gebunden. Vorzügliche Geschenkwerke.

Über 60 verschiedene Werke namhafter Autoren. Besondere Gelegenheit für Leih- und Volksbibliotheken

Alexis, Die Hofen des Herrn von Drebao
Amberger, Nartenstücke
D'Aureville, Die Eusebischen
Voljac, Die Frau von 30 Jahren
Blai, Liebesgeschichten des Orients
Cervantes, Don Quixote
Cyriel-Berger, Der Komrad
Dumas, Halsband der Königin
Eichacker, Herr Willmann
Ersch, Otto, Ein frohes Jahresfest
Ersch, O., Aus mein Sommergarten

Ersch, Otto, Frieden und Freude
Ersch, O., Vom grünem Baum
Flaubert, Madame Bovary
Flaubert, Salambo
Geijerstam, Geschichte eines Anasikischen
Gervillier, Cohlil
Gervillier, Unter dem Äquator
Grimmelshausen, Simplissimus
Hauptmann, Der weidgerechte Pastor
Hadina, Kinder der Sehnsucht
Heine, Buch der Lieder

Heine, Gedichte
Hoffmann, Der goldne Topf
Hoffmann, Elixiers des Teufels
Hoffmann, Nachplück
Huch, Peter Michel
Hugenberg, Dorfgenossen
Jacobson, Marie Grubbe
Jacques, Robert, Heißes Land
Rappert, Der Wald im Osten
Keller, Züricher Novellen
Kleist, Michael Kohlhäus
Kurz, Holde, Ital. Erzählungen

Küssgen, Jugenderinnerungen
Pantos, Gefährliche Liebeshosen
Vand, Hans, Cyranneel der Schatten
Luk, Moorjäger u. Vuffjespenster
Mark Twain, Tom Sawyer
Meinhold, Bernsteinstücke
Michaelis, Rachel van Grooten
Murger, Bohème
Phillippe, Ch. P., Marie Donatien
Poe, Seltene Geschichten
Prévoist, Manon Lescaut
Rosner, Der König

Scheffel, Ekkehard
Sealfeld, Kapitänbuch
Soyka, Das heitere Leben
Staudhal, Witsch von Castro
Storm, Schimmelreiter
1001 Nacht, Erzählungen
Tostoi, F. M., Kindheit
Turgenev, Vater und Söhne
Vischer, Auch Einer
Wilde, Bildnis des Dorian Gray
Wilde, Märchen
Zopp, Arthur, Die freie Frau

Jeder Band

65 Pf.

10 Bände 6 M nach Wahl

Hearn, Lafcadio, Werke

in 6 Bänden.
(Koloro, Lotos, Jurno, Kwaiban, Kusoku, Buddha)
 Einzel autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Bertelmann. Mit Vorwort von Emil Dittl.
 Ganzleinen, im Karton, 6 Bände, 117 M.
1350

Eichendorff, Joseph v., Romantische Novellen. 296 Seiten. Mit Porträt des Autors in Gravüre. Einleitung von F. Lorenz. Halblederband nur **165**

Goethe, Joh. Wlfg. v., Die Wahlverwandtschaften. Herausgegeben von A. Alt. 209 Seiten. Mit Porträt in Gravüre. Halblederband nur **165**

Eudwig, Otto, Zwischen Himmel und Erde. — Die Heiterkeit u. ihr Widerspiel. Herausgeg. v. Arthur Closser. 470 Seit. Mit Porträt in Gravüre. Halblederband nur **165**

Friedrich Schleiermachers Briefwechsel mit seiner Braut. Herausgegeben von Heinrich Weisner. Mit 2 Jugendbildnissen Schleiermachers. 2. Aufl. 414 Seiten. Halbleinen mit gold. Titel u. Rückenprägung statt 10 M **225**

Stern, Fr. Wlsh., Vom Stiff zum Handelsheeren. Ein deutsches Kaufmannsbuch. 382 Seiten. Ganzleinenband statt 5.50 . . . nur **250**

Hamsun, Knut, Das letzte Kapitel. Roman. Uebers. v. G. Magnus. 625 Seiten. Ganzleinenband nur **285**

Sue, Eugen, Der ewige Jude. 810 Seiten. Mit zahlreichen Abbildungen nach den Holzschnitten v. Savarni. Ganzleinenband statt 13 M nur **375**

Sue, Eugen, Die Geheimnisse von Paris. 782 Seiten. Mit zeitgenössischen Abbildungen von Daumier u. a. Ganzleinen statt 13 M . . . nur **375**

Davidis Praktisches Kochbuch für die gewöhnliche und feinere Küche. Mit besond. Berücksichtigung der Anfängerinnen u. angehenden Hausfrauen. 288 Kochrezepte nach den mod. Anforderungen neu bearb. u. herausgeg. von Marie Walter. Auf gutem, weißem Papier gedruckt. 360 Seiten Text und 4 Tafeln. Anhang: Das Serviettenbüchlein, mit 12 Abbildungen. Cleg. gebunden mit farbig. Titelbild **195**

Kleines Wilhelm-Busch-Album. Samml. lustiger Bilder- u. Erzählungen m. etwa 450 Bild. u. farb. Selbstport. v. W. Busch. 176 Seiten. Ganzleinen nur **380**

Der kleine Brehm. Das gesamte Tierreich in allgemeinverständlich Darstellung. Ausgewählte Tierarten aus der 2. Auflage des Hauptwerks Brehms Tierleben neu bearbeitet v. Dr. W. Kahle. 1927. 888 Seiten. Mit 116 Abbildung., 25 schwarzen und 4 farbigen Tafeln. Ganzleinen **385**

Jessen, Peter, Der Ornamentstich. Geschichte der Vorlagen des Kunsthandwerks seit dem Mittelalter. 384 Seiten. 227 Abbild. Halblein. statt 15 M nur **385**

Richard Wagner. Sein Leben und Schaffen. Von Gust. Ernest. 587 S. Mit 4 Bildn. u. d. Zeitmotiven sämtl. Werke als Beilage. Halblein. statt 9 M nur **385**

Brieger, Lothar, Das Genrebild. Die Entwicklung der bürgerlichen Malerei. Mit 195 Bildern (Gravüren, Gemälde und Abbildungen im Text). Format 28x20 cm. Ganzleinen statt 20 M **385**

Doz, Prof. Dr. C. E. Das Buch vom gesunden u. franken Menschen.

Unt. Mitwirkung namh. ärztl. Sachverständiger herausgegeben von Dr. med. Wlsh. Closser. Mit zahlreich. Abbildungen und 5 Farbtafeln. 18. vollständig umgearbeitete und vermehrte Auflage. 992 Seiten. Ganzleinenband statt 6 M nur **385**



Graeh, L., Die Elektrizität u. ihre Anwendungen. 22. Aufl. 841 Seiten. Mit 758 Abbildungen. Ganzleinenband statt 11 M . . . nur **485**

Graul, Rembrandts Zeichnungen. 50 Handzeichn. ausgew. M. Einleit. 2. Auflage. Ganzleinen statt 9 M **585**

Seiditz, Woldemar v., Die Radierungen Rembrandts. Mit einem kritischen Verzeichnis u. Abbildungen sämtlicher Radierungen. 1922. 278 Seiten Text, 80 Seiten Abbildungen. Halbleder statt 20 M . . . nur **950**

Im Zeichen der Hungersgefahr. Ernährungs- und Agrarkrise in Rußland.

In der Sowjetwirtschaft besteht keine Krise. Es besteht nur Teilschwierigkeiten. In der Industrie besteht überhaupt keine Krise. Es gibt wohl Schwierigkeiten, aber keine Krise in der Landwirtschaft, keine Krise in der Getreidewirtschaft. Schon jetzt beginnt in der Sowjetunion die quantitative Steigerung des Nahrungsmittelkonsums in qualitative überzugehen (statt Schwarzbrot mehr Weißbrot usw.).

Diese beruhigenden, fast prahlerischen Ausführungen Vargas auf dem vor kurzem stattgefundenen 6. Weltkongreß der Komintern sind freilich weniger Wahrheit als reine Dichtung. Sie sind offenbar darauf abgestellt, die westeuropäische Arbeiterschaft über die wirtschaftliche Lage in Sowjetrußland zu täuschen. Denn diese offiziell-optimistischen Behauptungen schlagen der Wirklichkeit direkt ins Gesicht. Statt der „quantitativen und qualitativen Steigerung des Nahrungsmittelkonsums“, von der in dem Vortrag Vargas auf dem 6. Weltkongreß die Rede war, ist dagegen eine „quantitative und qualitative“ Senkung der Volksernährung festzustellen. Die Ukraine, der Krim und ein beträchtlicher Teil des Nordkaukasus,

also die Kornspeicher Rußlands,

sind infolge der Missernte durch die Hungersnot bedroht. Die Nord- und Westgebiete, wo die Landbevölkerung überwiegend die technische Kulturen (Flachs usw.), die Holzbeschaffung und die Butterproduktion treiben, befürchten gleichfalls schweren Brotmangel für den Winter. Aber am schlimmsten steht es mit der Nahrungsmittelversorgung in den Industriezentren. Das Brot wird dort wie in den Kriegsjahren rationiert und durch die verstaatlichten Genossenschaften nur unter den „Bertätigten“ verteilt. Dabei wird überall nicht das Schwarzbrot durch das Weißbrot, sondern umgekehrt — das Weißbrot durch das Schwarzbrot gänzlich aus dem Konsum verdrängt. Noch mehr — nach den Maßregeln der betreffenden Staatsorgane wird das Schwarzbrot durch den Zusatz von Mais- und Gerstemehl entschieden verschlechtert, was große Unzufriedenheit hervorruft.

Die Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln wird je weiter desto mehr zu einer der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Sowjetregierung. Es ist eine besondere „Kommission für die Nahrungsmittelversorgung der Arbeiter“ bei dem Handelskommissariat gegründet. In der jüngsten Plenarsitzung dieser Kommission wurde festgestellt („Pravda“ vom 27. Oktober), daß die „Eigenschaften“ der diesjährigen Ernte eine Bedrohung für die

Bratverförgung der Arbeiter bilden. Der Brotverbrauch müsse daher nicht nur „rationiert“ werden, sondern auch in erster Reihe auf die Bratverförgung der Arbeiter eingestellt werden. Es wurde in derselben Plenarsitzung darauf hingewiesen, daß nicht nur die Brot-, sondern auch

die Kartoffelverförgung der Arbeiter

ungemein schlecht und unzulänglich organisiert sei. Das „Schlangestehen“ in den Morgenstunden führe zur Desorganisation der Arbeit in den Betrieben. Es wurde gleichfalls darauf hingewiesen, daß nicht nur die Arbeiter der großen Industriezentren, sondern auch die Bertätigten der Kleinstädte wie die Bauern und Handwerker in den Flachs-, Holz- und Buttergebieten mit Brot und mit anderen Nahrungsmitteln gleichfalls versorgt werden müssen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß nicht nur Brotmangel, sondern auch Mangel an Butter, Eier, Fleisch, Pflanzenöl, Salz und insbesondere Zucker überall zu merken ist. In der letzten Zeit hat sogar der Mangel an Petroleum und Holz für Küche und Defen stark zugenommen. („Pravda“ Nr. 251.)

Woher der Nahrungsmittel- und vor allem der Brotmangel? Nach den offiziellen statistischen Angaben wird die neue Ernte noch wie vor als „übermittel“ geschätzt. Die „Schwierigkeiten“ bei der Getreidereife werden durch die sowjetischen Wirtschaftsführer zum Teil auf die ungünstige geographische Verteilung der Ernte, zum Teil aber auf den

spontanen „Getreidestreit“

der Bauern, insbesondere der „Kulak“ zurückgeführt. Die Ernte wird ungefähr auf 4,5 Milliarden Pud (1 Pud = 16,3 Kilogramm), die Getreidevorräte im ganzen Lande auf zirka 500 Millionen Pud geschätzt, was insgesamt ungefähr 5 Milliarden Pud ausmacht. Trotz dem gänzlichen Ausschleiden des Getreideporties wird nach den Berechnungen von J. S. W. („Pravda“ Nr. 252) etwa 100 Millionen Pud in diesem Jahre fehlen, um die Bratverförgung der Stadtbevölkerung, der Industriearbeiter und der Roten Armee (470 Millionen Pud) wie der Bauern in den Gebieten der technischen Kulturen (120 Millionen Pud) zu sichern, da die Bauernschaft selbst ungefähr 4 1/2 Milliarden Pud verbraucht. Das Fehlen der 100 Millionen Pud Getreide glaubt Jakowlew auf dem Wege der entsprechenden Steigerung der Industrieproduktion um etwa 100 bis 150 Millionen Rubel zu beschaffen, da auf diese Weise die not-

wendigen 100 Millionen Rubel gegen die überschüssigen Industriewaren bereitgestellt werden können.

Iber abgesehen davon, inwieweit diese aus der Luft gegriffenen Pläne der Produktionssteigerung um 150 Millionen Rubel über den Wirtschaftsplän bei der schweren Industriekrise und bei dem Rohstoffmangel berechtigt sind, muß darauf hingewiesen werden, daß die Schätzungen der Erntergebnisse und der Getreidevorräte überhaupt übertrieben sind.

Das verlangsamte Tempo im Anwachsen der Anbaufläche ist eine Tatsache, die sogar die sowjetischen Wirtschaftler nicht verheimlichen können. Weit bleibt das Wachstum der Anbaufläche hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Seit dem Jahre 1925 hat die Bevölkerung um 7 Proz., die Stadtbevölkerung sogar um 14 Proz. zugenommen. Dasselbe gilt für das Vieh. Dabei führt die bolschewistische Investierungspolitik auf dem flachen Lande zur fortschreitenden Parzellierung der Bauernwirtschaften und dementsprechend zur Verminderung des für den Markt bestimmten Getreideanteils.

Die Politik der forcierten Industrialisierung, zum großen Teil auf Kosten der Bauernschaft, führt unvermeidlich zu dem Zurückbleiben und zur Vermögenslosigkeit der Landwirtschaft, obgleich die bolschewistischen

Vertreter der forcierten Industrialisierung

selbst zugeben müssen, daß die Gesamtentwicklung der russischen Volkswirtschaft und der „sozialisierten“ Industrie von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängt. Inzwischen unterwühlt die Sowjetregierung mit ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik die landwirtschaftliche Grundlage der gesunden Industrialisierung. Die bolschewistische Preispolitik vernichtet bei dem Bauer jeden Willen zur Erweiterung und Verbesserung seiner Wirtschaft. Allein durch die berühmte „Preisbremse“ werden nach den offiziellen Angaben („Pravda“ Nr. 252) und 400 Millionen Rubel aus den Bauern herausgepreßt. In derselben Richtung wirkt die Steuerpolitik, die die Bauern völlig ruiniert. Der Rätepräsident Kassin hat in seiner Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets vom 18. September festgestellt, daß die neue Landwirtschaftsteuer in der Praxis als Vernichtung der bemittelten Bauern aufgefaßt und angewendet wird, was unvermeidlich „wenn auch nicht die Gegenrevolution, so auf jeden Fall die Unzufriedenheit auf dem flachen Lande erzeugt“. Dabei hat Kassin eine Fülle von Fällen angeführt, so z. B. daß bei einem Gesamtertrag einer Bauernwirtschaft von 1350 Rubel die Steuer summe 471 Rubel ausmachte! In vielen Gouvernements werden die Bauern in diesem Jahre nach den Angaben von Kassin zwei- bis drei-, sogar fünf- bis sechsmal höher besteuert als im vorigen Jahre.

Die Zwangsmaßnahmen bei der Getreidereifeungskampagne wurden zwar im Juni aufgehoben, aber der Links-



VIM
putzt alles
Was VIM putzt,
blinkt wie Sonnenschein, was blind u. fleckig wird blank und rein.
VIM macht nie Schrammen dazu ist es viel zu fein.
VIM gibt allen Dingen, Reinheit und Glanz.

Warum "Bewag-Vorführungsräume"?

Immer unentbehrlicher wird für die Hausfrau die Hilfe der Elektrizität in Küche und Haus, immer wichtiger wird für sie eine Stelle, wo sie sich frei von jeder Beeinflussung und ohne das lästige Gefühl des Verpflichtetseins über elektrische Geräte und alle damit zusammenhängenden Fragen unterrichten kann. Diese Stelle darf nicht die Aufgabe haben, elektrische Geräte zu verkaufen, sondern sie muß sich darauf beschränken, diese im Gebrauch vorzuführen und zu erklären. Die BEWAG-Vorführungsräume sind eine solche Stelle. Darum:

In den BEWAG-Vorführungsräumen am Schiffbauerdamm Ecke Luisenstraße am Anhalter Bahnhof im Europa-Haus am Zoologischen Garten im Capitolhaus am Hermannplatz Ecke Berliner Straße (ab 1.12.) werktägl. v. 8—8 Uhr kostenlose Vorführung elektrischer Geräte für Küche u. Haus. Kein Verkauf.

BERLINER STÄDTISCHE ELEKTRIZITÄTSWERKE A. K. T. - G. E. S.

turs in der Agrarpolitik ist im großen und ganzen selbstlos. Er ist entschieden gegen die „individuellen“ Bauernwirtschaften nach wie vor gerichtet und auf die

forzierte „Kollektivisierung“

der 25 Millionen privater Bauernwirtschaften eingestellt. Die „Kollektiven“ (kollektive Wirtschaften) und „Sowchofen“ (Staatsgüter) werden energisch begünstigt gegenüber den individuellen Bauernwirtschaften. Derselbe Kainin, der bekanntlich zu der „bauernfreundlichen“ rechten Richtung Njstows gehört, bezweifelt stark, ob die Kollektivisierung der Landwirtschaft in absehbarer Zeit ausgeglichen werden könnte, obgleich er die Notwendigkeit der Kollektivisierung offiziell anerkennt. Zwar wird nach dem Wirtschaftspland 1928 bis 1929 etwa 1 Milliarde Rubel gegen 771 Millionen Rubel im Jahre 1927 bis 1928 in der Landwirtschaft investiert, aber die Krise der russischen Landwirtschaft kann nicht nur mit Geldauswendungen überwunden werden.

Die rechte Richtung in der KPSU, die die Verderblichkeit der forcierten Kollektivisierung und der von oben aufgezwungenen Kollektivisierung der Landwirtschaft anerkennt und die Erweiterung der KPSU, besonders auf dem flachen Lande für unvermeidlich hält, wird durch die Stalinische Richtung

als „kleinbürgerlich“ gebrandmarkt

und rückwärtslos bekämpft. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß Stalin unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die mit Hunger und Währungssturz droht, eine neue Richtungslenkung vornehmen wird, um den aus einer Bauernbewegung erwachsenden Gefahren zu begegnen. P. G.

Die Maschinenindustrie im Oktober.

Maschinenbauanstalten meiden erstmalig Rückgang der Beschäftigung.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten ist schon seit Monaten bemüht gewesen, den Eindruck einer erheblichen Verschlechterung der Konjunktur in der Maschinenindustrie hervorzuheben. Was man davon zu halten hat, erfährt man aus dem jetzt veröffentlichten Oktoberbericht, der für den Monat Oktober zum erstmalig auch einen Rückgang der Beschäftigung feststellt, der allein für die konjunkturelle Lage eines Industriezweiges maßgebend ist. Wenn seit dreiviertel Jahren bereits von herabsetzenden und untergeordneten Stellen mit der Behauptung von dem ständigen Rückgang der Konjunktur Zweckpolitik betrieben worden ist, so zeigt die Feststellung des VDMZ zum mindesten, daß die Maschinenindustrie im Durchschnitt noch keinen Anseh hatte, von einem wirklichen Rückgang der Konjunktur zu sprechen.

Die in- und ausländischen Aufträge der Maschinenindustrie waren im Oktober noch zahlreicher als im September. Des Auslandsgeschäfts drohte sogar eine geringe Zunahme der Aufträge, während für die Inlandsaufträge eine abermalige Senkung festgestellt wird. Der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie wird als gedrückt bezeichnet. Wertzeugmaschinen, Dampfmaschinen, Textilmaschinen, Landmaschinen, Bergwerks- und Hüttenmaschinenindustrie waren mit dem Auftragszuwachs im Oktober unzufrieden. In der Druckmaschinenindustrie und im Papierverarbeitungsmaschinenbau war die Lage nicht schlechter. Die Erzeuger von Strickmaschinen, Pumpen und Kompressoren berichten von besserer oder gleichgebliebener Geschäftslage.

Daß der Oktoberbericht des VDMZ sich wieder im Sinne der Ruhrkreise zum Eisenkampf äußert, ist nicht verwunderlich. Selbstkostensteigerung und die Konjunkturlage im Maschinenbau lassen keine weitere Befassung zu, so wird behauptet, und die im Oktober zum erstmalig eingetretene Verschlechterung des Beschäftigungsgrades wird vom VDMZ für die Feststellung in Anspruch genommen, daß sie ein Beweis für die Berechtigung seiner Warnungen in konjunktureller Hinsicht anzusprechen seien. Hier werden wieder Konjunkturmomente in unzulässiger Weise vom VDMZ so interpretiert, als ob sie ohne weiteres Lohn- oder sozialpolitisch verursacht wären. Wenn die Konjunktur, wie der VDMZ immer behauptet hat, schon sehr lange rückgängig war, so ist die Beschäftigung in der Produktionsmittelindustrie in erster Linie zurückgegangen infolge des konjunkturellen Abstiegs, nicht aber aus Lohn- oder sozialpolitischen Gründen. In dem der VDMZ zu viel beweisen will, macht er immer deutlicher, daß seine wirtschaftliche Berichterstattung in der Tat zweckpolitischen Absichten dient. Ein schlechtes Zeugnis für den VDMZ, für das aber nicht uns die Verantwortung trifft.

Wer viel hat, dem wird gegeben.

Freigabegelder für die Zementindustrie.

Aus dem Strom der anwerfbarsten Freigabegelder sind jetzt auch der Portland-Zementfabrik Hemmoor in Hannover 1,7 Millionen zugewiesen. Da die Gesellschaft diese Summe nur mit einer Forderung von 500.000 M. in ihre Bilanz eingeleitet hatte, wird sie also weit über eine Million zur freien Verfügung haben.

Wie die meisten Zementfabriken, steht auch die Hemmoor-Gesellschaft finanziell glänzend da, was aber die Vermutung nicht hindert, gegen ihre Belegschaft so rigoros wie möglich vorzugehen. In ihrem Geschäftsabschluss für 1927 erzielte diese Gesellschaft bei einem Kapital von 3,7 Millionen einen Reingewinn von 1,08 Mill. Mark, der einer Dividende von 28 Proz. entspricht. Da die Gesellschaft sich damit begnügt, ihre Dividende nicht über die schon sehr hohen Vorjahrsdividenden von 15 Proz. zu steigern, konnte sie rund 300.000 M. als Reserven anhäufen. Auch an Betriebsmitteln hatte das Unternehmen Ueberfluß, denn einem Bankguthaben von weit über 2 Millionen standen an laufenden Schulden nur 0,88 Mill. Mark gegenüber. Die Gesellschaft, die sozusagen im Gelde schwimmt, wird jetzt nicht um eine Verbesserung der miserablen Lage ihrer Belegschaft herumkommen. Im übrigen würde eine Lohnerhöhung für die Zementarbeiter auch nur teilweise die Opfer ausgleichen, die gerade von den Belegschaften in diesem Industriezweig in der Rationalisierungszeit gebracht wurden.

Entwicklung der Gemeindesteuern.

Eine neue Veröffentlichung aus der Reichsfinanzstatistik.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ als weiteres vorläufiges Ergebnis der Reichsfinanzstatistik die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26. Der sechsten im ersten Novemberheft erschienenen Teil A behandelt zunächst nur die Steuereinnahmen. Eine Beurteilung der Einnahmementwicklung ist natürlich erst möglich, wenn die noch fehlende Veröffentlichung der Ausgabenentwicklung erfolgt sein wird.

Die Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreis- und Provinzialverbände) weisen eine Steigerung von 1510,8 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1913/14 auf 3176,1 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1925/26 auf. Die Steuereinnahmen haben sich also nominal um fast 95 Proz. erhöht, was einer Steigerung von 26,80 Mark auf 52,25 Mark je Kopf der Bevölkerung entspricht. In diesen Gesamteinnahmen sind die Gemeindeverbände 1925/26 mit 13,8 gegen 6,1 Proz. im Jahre 1913/14 beteiligt.

Die überragende Bedeutung der Großstädte kommt bei der Verteilung der Gesamteinnahmen zum Ausdruck. Sie waren schon 1913/14 mit 612,7 Millionen Mark Steuereinnahmen zu 43,2 Proz. und sind 1925/26 mit 1214,8 Millionen Mark zu 44,8 Proz. an den gesamten Steuereinnahmen beteiligt.

Betrachtet man die Verteilung des Steueranfallens der Gemeinden auf die einzelnen Größenklassen, so ist die auffallendste Erscheinung eine völlige Veränderung der Bedeutung der Einkommensteuer für den Gemeindehaushalt. Während 1913/14 die Einkommensteuer nur 30,7 Proz. der gesamten kommunalen Steuereinnahmen betrug, waren es 1925/26 nur noch 27,3 Proz. Eine ganz andere Entwicklung hat die Grund- und Gebäudesteuer genommen. Diese Steuer ist seit der Reichsfinanzreform von 1919/20 in erheblich höherem Maße als vor dem Kriege von den Gändern in Anspruch genommen worden. Sie weist daher bei den Gemeinden nur eine verhältnismäßig geringe Ertragssteigerung auf. Diese Steigerung verteilt sich auf die verschiedenen Größenklassen der Gemeinden höchst ungleichmäßig. So weisen die Gemeinden zwischen 5000 und 10.000 Einwohnern, die 1913/14 die kleinste Einnahme je Kopf hatten, jetzt das stärkste Anwachsen je Kopf der Bevölkerung auf, während die Großstädte die geringste Einnahmesteigerung pro Kopf ihrer Bevölkerung zeigen.

Wieder ein anderes Bild zeigt sich bei der Entwicklung der Gewerbesteuer. Sie hat unter sämtlichen Gemeindesteuern die größte Steigerung erzielt, nämlich von 157,7 Millionen Mark 1913/14 auf 463,3 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1925/26. Die größte Steigerung je Kopf der Bevölkerung weisen hier die Gemeinden zwischen 5000 und 30.000 Einwohnern auf, denen die Großstädte an zweiter Stelle folgen, während die Gemeinden zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern die geringste Einnahmevermehrung haben.

Eine bemerkenswerte Änderung hat das Steuersystem der Gemeinden durch die Schaffung der Gebäude-Einkommensteuer (Hauszinssteuer) erfahren. Diese Steuer bedingt mit ihrem Aufkommen von 428,1 Millionen Mark nicht weniger als 15,8 Proz. sämtlicher Steuereinnahmen; sie entspricht aber auch am stärksten einer in der Vorkriegszeit unbekanntenen neuen Ausgabe der Gemeinden. An ihr sind überwiegend die großen Gemeinden beteiligt von mehr als 25.000 Einwohnern, während die Steuer im übrigen den Kreisverbänden zufließt. Anders wärde sich

die zweite neue Steuer, die Umsatzsteuer aus, die mit 7,1 Proz. am Gesamtsteueraufkommen der Gemeinden 1925/26 beteiligt war. Da ihre Verteilung nach der Zahl der Einwohner vorgenommen wird, verteilt sie sich ziemlich gleichmäßig auf sämtliche Größenklassen der Kommunen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Einkommensteuer zusammen mit den Realsteuern, die 1913/14 im Mittelpunkt der kommunalen Steuerwirtschaft aller Größenklassen der Gemeinden stand, diesen Platz 1925/26 nur noch für die Gemeinden unter 5000 Einwohnern behauptet hat. Die entstandene Lücke wird in den größeren Gemeinden in erster Linie durch die Hauszinssteuer ausgefüllt, was zu den bereits erwähnten Strukturänderungen zwischen den einzelnen Größenklassen geführt hat. Die Hauszinssteuer ist nach gesetzlicher Vorschrift zum Teil zur Förderung der Baulätigkeit zu verwenden. Die Gemeinden von 25.000 Einwohnern aufwärts haben 1925/26 10,4 bis 14,9 Proz. ihrer Gesamteinnahmen für Wohnungszwecke verwendet. An Stelle der kleineren Gemeinden haben die Kreisverbände diese Aufgabe erfüllt, so daß Gemeinden und Gemeindeverbände 1925/26 etwa 10,8 Proz. ihrer sämtlichen Steuereinnahmen für Wohnungsbauten verbrauchten.

Genauer über die Bedeutung dieser Steuer für den Gemeindehaushalt wird sich nach Veröffentlichung des zweiten Teils erkennen lassen, in dem die Ausgaben erfaßt sind.

Große Gewinnsteigerungen im Aussparungsgebiet. Die mit dem Krupp-Konzern durch Interessengemeinschaft verbundene Westfälische Drahtindustrie A. G. in Hamm zahlte zwar für das abgelaufene Geschäftsjahr 1927/28 nur die Vorjahrsdividende in Höhe von 5 Proz., jedoch überreicht allein der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn mit 626.000 M. den des letzten Jahres um rund 33 Proz. Außerdem wurden die Abschreibungen auf die Wertanlagen um 170.000 auf 790.000 M. heraufgesetzt, so daß der Ertrag der Gesellschaft sich gegenüber dem letzten Betriebsjahr um fast 70 Proz. erhöht hat. Nach dem Geschäftsbericht konnte die Gesellschaft ihren Umsatz auf die Höhe der letzten Kriegsjahre bringen, was allerdings in der Hauptsache auf verhandeltres Material entfällt. Der Auslandabsatz ist auch im neuen Geschäftsjahr gut geblieben, während auf dem Inlandsmarkt sich Rückgangsercheinungen bemerkbar machen.

Der Bauer mit Grammophon-Platten. In welchem Maß der kleine Mann, der sich noch heiserend bei keinen Grammophon erhören will, von den internationalen Schallplattenkonzernen ausgebeutet wird, zeigt der Abschluß der englischen Grammophon Company. Dieser Konzern, dem auch die Electrola-Gesellschaft in Berlin-Romawes gehört, konnte schon im letzten Jahre seinen Aktionären bereits 40 Proz. Dividende ausbezahlen. Für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr wird eine enorme Dividende auf 55 Proz. (1) heraufgesetzt. Damit nicht genug, stellt der Konzern mehr als 20 Millionen Gewinne in Reserve, so daß der Reinverdienst in einem Jahr die Höhe des gesamten Aktienkapitals erreicht.

„Wohnungsbauwirtschaft und Wirtschaftlichkeit im Bau.“ Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wird mit dem obigen Thema ihre zweite Jahresversammlung im März 1929 in Berlin abhalten und bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre bisherige Tätigkeit ablegen. Im Zusammenhang damit soll eine große Tagung aller führenden Verbände uvm. stattfinden, die technisch oder wirtschaftlich mit dem Bauwesen zu tun haben, und wobei in mehrerhundert Sitzungen verschiedener Sektionen eine gründliche Klärung und Ausprägung über die bisherigen Arbeitsergebnisse und die künftigen Aufgaben der einzelnen Fachgebiete herbeigeführt werden soll. Bei dieser zentralen Arbeitstagung wird zugleich eine Rationalisierung der Tagungswesen erreicht.

Die Getreideländereinfuhr auf dem roten Punkt? Die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und des Rühlgewerbes über Festlegung einheitlicher Standards für das deutsche Getreide sind schon seit November 1927 nicht mehr zum Abschluß, wobei sich allerdings der Getreidehandel nach wie vor ablehnend verhält. Es hat aber neuerdings den Anschein, als ob auch die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft nicht ganz abfichtlos die Förderung der Getreideländereinfuhr zurückgelehnt hat. Jedenfalls ist durch das Rotprogramm in dieser Frage nicht ein einziger Schritt nach vorwärts getan worden.



dem Kennzeichen der echten Reichel-Essenzen. Achten Sie in dieser Woche auf das Schaufenster Ihrer Drogerie. Dort werden Sie sehen, wie Sie für halben Preis Ihre Liköre selbst machen können. Verlangen Sie auch kostenlos Dr. Reichels Rezeptbüchlein.



Für die Gesundheit!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lötze 5366-41

Preise: Rücksichtslos herabgesetzt!!!

Keine Reklamewaren, nur beste Qualitäten! / Vom Backfisch bis zur stärksten Figur.

Ia Pelzmäntel

| | | | | | |
|--------------------------|------------------|---------------------------|------------------|-------------------------|-------|
| Pensioner jetzt nur | 550.- | Peczaniki jetzt nur | 375.- | Seal Elektrik jetzt nur | 265.- |
| Nerzummel jetzt nur | 625.- | Gazelle jetzt nur | 132.- | Fantosepelz jetzt nur | 150.- |
| Ottomane jetzt nur | 19 ⁷⁵ | engl. Charakter jetzt nur | 22 ⁵⁰ | Charmelaine jetzt nur | 55.- |
| Fantasiemäntel jetzt nur | 36.- | Modelle jetzt nur | 60.- | sonst bedeutend höher | |

| | | | | | |
|---------------------|--------------------|----------------|----------------|-------------------|----------------|
| Sealplüschmäntel | Krimmermäntel | Wollplüsch | Astrachan | Kostüme | Kleider |
| Garantie-Qualitäten | bewährte Fabrikate | | | mit und ohne Pelz | Wolle, Seide |
| 55.- 75.- 95.- | 50.- 68.- 85.- | 39.- 58.- 72.- | 45.- 60.- 82.- | 33.- 48.- 65.- | 18.- 29.- 45.- |

Westmann

1. Geschäft: Berlin W⁵⁰, Mohrenstraße 37a Untergrundbahnstation Friedrichstadt, Ausgang Mohrenstraße
2. Geschäft: Berlin NO, Große Frankfurter Str. 115 an der Andreasstr.

Sekt, eine mondäne Geschichte.

Von Erich Grisar.

Sie hatten sich gerade erst kennengelernt und lernten nun die ersten gemeinsamen Schritte zu einem jener Lokale, die ununter wieder von jungen Leuten ausgefüllt werden, um im Schutze ihrer Wände, die schon so oft Zeuge jener Torheiten wurden, die wir heute nennen, doch sie schon gar keine Notiz mehr davon nehmen, den Frühling des Lebens anzubrechen, der dem jungen Arbeiter gungst viel zu schnell verfliehet.

Der Ober kam.
Die beiden sahen sich, so plötzlich den Realitäten des Lebens gegenüber, ein wenig verduzt an. Was trinken wir, fragte er, der tagsüber am Kassenschatz einer Bank das Geld anderer Leute zählte und überlegte in Gedanken, ob sein Geld wohl reichen würde für diesen Abend. Nun, das Mädchen, das sich ihm anvertraut, schien bescheiden und würde gewiß nichts bestellen, das über seine Kräfte ging. Sie überlegte auch nicht lange. Jung wie sie war, glaubte sie wohl auch, daß es allen Gutes gut geht, daß Bankbeamte angebende Millionäre sind und daß es ein Glück ist, vertriebt zu sein. Und mit einer Unbekümmertheit, als bestelle sie ein Glas Wasser und einen Johannisbeer, jagte sie zu dem wartenden Ober: Also, trinken wir Sekt.

Der Ober machte ein langes Gesicht und schickte einen Blick von sich oben herab. Dann knippte er seinen Mund zu und bedauerte, daß leider und so weiter... aber wenn die Herrschaften wünschen, dann er ja schon eine Flasche besorgen. Der junge Viehhändler, der schon mit Schrecken festgestellt hatte, daß sein Kassenbestand zu einer Flasche Sekt nicht reichte, setzte auf und indem er seinem Schicksal dafür dankte, daß es ihn vor einem großen Nummer bewahrte, sagte er schnell: Na, wenn Sie keinen Sekt haben, dann bringen Sie zwei Spezial Wein. Es ist dir doch recht, fragte er dann seine Gefährtin.

Die hätte zwar gerne kein Sekt getrunken, aber ein Blick auf ein ausbleibendes Blatt belehrte sie, daß ein Glas Spezial Wein 50 Pf. kostete und für 60 Pf. mußte man doch schon etwas sehr Gutes bekommen. Denn das war ja fast soviel Geld, als zwei Flaschen Bier kosten. So lächelte sie denn nur und war sehr glücklich, obwohl ihr der Wein wirklich ein wenig sauer vorkam.

Wieder trafen die beiden sich, um gemeinsam auszugehen. Es war kurz nach dem Monatsseifen. Der junge Bankbeamte hatte sich einen Teil seines Gehaltes aufgehoben, um seiner Liebsten eine besondere Freude zu machen. Er wollte ein Lokal mit ihr besuchen, in dem Sekt serviert wurde. Er hatte sich alles genau durch den Kopf gehen lassen. Der Abend würde unerwartentlich teuer werden, aber schließlich, er liebte sie und war bereit, alles zu tun, was ihre Liebe zu ihm befähigen konnte. Schon tänzelte sie ihm entgegen, leichtfüßig hängte sie sich in seinen Arm und hummelte an seiner Seite mit ihm durch den Abend. Sie dachte längst nicht mehr an den deutschen Sekt, den sie so gerne mal getrunken hätte. Sie dachte nur noch an den Frühling und daran, daß die Liebe so süß ist. Aber schließlich kann man nicht einen ganzen Abend ohne Sekt durch die Straßen laufen, so gerne man es möchte und besonders dann nicht, wenn man etwas vorbereitet hat, zu dem einem an irgend einem anderen Tage das Geld fehlen wird. Also drängte er sie, immer dann, wenn sie in dunkle Straßen bog, stadtwärts und stand bald mit ihr vor dem Lokal, das er für diesen Abend ausgewählt. Kommt, los, eine Flasche Sekt trinken, sagte er. Sie drückte ihm einen dankbaren Kuß auf die Lippen und trat mit ihm in das Licht des hellereudichten Eingangs.

Garberobe abgeben? Kam ein Boy fragend auf sie zu. Er nickte. Doch plötzlich bog sie ihren Mund an sein Ohr und sagte: Laß uns gehen, ich bin nicht angezogen. Es berührte ihn peinlich, sie in diese Verlegenheit gebracht zu haben, aber es war nicht zu ändern und so verließen sie beide das prunkvolle Lokal, ohne es betreten zu haben. Der Portier blinnte ihnen verächtlich nach.

So ging der Frühling. Es kam der Sommer. Wie wieder war von Sekt zwischen den beiden gesprochen worden. Sie konnten sich jetzt sehr gut, und da sie ihm jetzt alles gewährte, was eine Frau zu gewöhnen hat, war er an besonderen Ausgaben nicht mehr interessiert. Sie wieder hatte inzwischen erkannt, daß Bankbeamte alles andere als angehende Millionäre sind, sie mußte, daß sie genau so arm sind wie die, aus deren Knochen Gluk und Glanz der Reichen herausgespritzt werden, und wenn sie etwa geglaubt haben Gelegenheit, die Wahrheit auch über diese Angelegenheit des Lebens zu erfahren. Aber immer noch war sie fröhlich, wie in jenen ersten Tagen, wenn auch der Ernst des Lebens ihre Fröhlichkeit überdeckte.

So kam der Tag, an dem sie Hochzeit hielten. Ein Zimmerchen für die beiden hatten die Eltern eingeräumt und auch alles andere war vorbereitet. Eben kamen sie vom Standesamt. Zu Hause warteten schon die wenigen Gäste, auf die man an einem solchen Tage nicht verzichten kann. Als sie an einem Delikatessengeschäft vorbeikamen, sah er sie, einen Augenblick zu warten.

Doch sie, die den Mann, der ihr angetraut worden, nicht sobald wieder loslassen wollte, hielt seinen Arm.

Zusammen traten sie in den Delikatessladen. Was willst du denn mitnehmen, sagte sie, wir haben doch alles.

Was, wenn du es durchaus schon wissen willst, eine Flasche Sekt?

Sekt? fragte sie enttäuscht. Für wen?

Für dich.

Für mich? Ich habe nie in meinem Leben Sekt getrunken und brauche auch heute keinen Sekt.

Aber du hast doch früher...

Nichts hab' ich früher.

Aber du hast doch selbst Sekt bestellt, als wir das erstmal miteinander ausgingen.

Ja, damals. Damals wolltest du auch mal mit mir in ein Sektlokal gehen.

Weil ich dir einen Gefallen tun wollte, wo du doch gerne mal Sekt spendieren haben wolltest. Aber wieso wolltest du überhaupt damals Sekt, wenn du noch nie welchen getrunken hattest?

Weil ich dir einen Gefallen tun wollte.

Mir einen Gefallen?

Kun ja, ich wollte dir nicht viel Unkosten machen.

Du bist gut. Keine Unkosten machen und dann bestellst du Sekt. Ausgerechnet Sekt.

Ich hatte damals gerade ein Inserat gelesen: Trinkt deutschen Sekt, es ist kein Luxus.

Aber Frau, Geliebte, Kind. Das ist doch nur ein Sekt, der den Armen die Augen verleihtern soll, daß sie den Luxus der anderen nicht sehen sollen. Für uns ist eine Flasche Bier schon ein Luxus.

Das habe ich inzwischen auch schon gemerkt und eben darum wollen wir das Geld sparen und uns was Nützliches dafür kaufen.

Ein Besuch Rilkes bei Tolstoi.

Ein bisher unveröffentlichter Brief.

Die Bekanntschaft mit Tolstoi gehörte zu den großen Erlebnissen Rainer Maria Rilkes, und so ist die Schilderung dieser Begegnung, die im neuesten Heft des „Anschlusses“ veröffentlicht wird, ein nicht minder wertvoller Beitrag zur Psychologie des genialen Dichters als zur Kenntnis Tolstois. Rilke machte die Reise nach Rußland mit Lou Andreas-Salomé, die Tolstoi bereits näher kannte. Sie kommen im Mai 1900 nach Jasnaja Poljana, und über ihre Erlebnisse schreibt Rilke aus Jula am 20. Mai an Sofija Nikolajewna Schill:

Wir jagten mit atemlosen Glöckern bis an den Rand des Hügels heran, auf welchem die armen Hütten von Jasnaja stehen, zu einem Dorfe zusammengetrieben, aber doch ohne Zusammenhang, wie eine Herde, die traurig auf abgebrauchtem Weideland herumsteht. Gruppen von Weibern und Kindern sind nur rote, sonnige Flecken in dem gleichen Grau, das über Boden, Dächern und Mauern liegt, wie eine sehr üppige Moosart, die seit Jahrhunderten ungestört alles überwächst. Dann senkt sich die kaum erkennbare, ewig unter leeren Bläuen hinstreichende Straße, und ihr grauer Streifen gleitet sanft in ein grünes, von Wipfeln schäumendes Tal, in welchem links zwei runde, mit grünen Ruppeln überdeckte Türmchen den Eingang des alten, verwitterten Parkes bezeichnen, in dem verbleibt das einfache Haus von Jasnaja Poljana liegt. Vor diesem Tore steigen wir ab und gehen links, wie Pilger, die stille Waldstraße hinauf, bis das Haus immer weicher und länger hervortritt. Ein Diener bringt unsere Karten hinein. Und in einer Weise sehen wir hinter der Tür, im dämmrigen Vorraum des Hauses, die Gestalt des Grafen. Der älteste Sohn öffnet die Glastür und wir stehen im Flur dem Grafen gegenüber, dem greisen Mann, zu dem man immer wie ein Sohn kommt, selbst wenn man nicht unter der Gewalt seiner Väterlichkeit bleiben will. Er scheint kleiner geworden, gebeugter, weicher, und wie unabhängig von dem großen Körper erwartet das schattenlose klare Auge die Fremdlinge und prüft sie mit Absicht und segnet sie unwillkürlich mit irgendeinem ungeschwungenen Segen. Er entschuldigt sich und verspricht uns, von 2 Uhr ab mit uns zusammen zu sein. Wir haben es erreicht und beruhigt bleiben wir im großen Saal in der Gesellschaft des Sohnes zurück, mit ihm durchstreifen wir den weiten wilden Park und kehren nach zwei Stunden in das Haus zurück. Dort, im Vorraum, ist die Gräfin mit dem Einräumen von Büchern beschäftigt. Ungern, befremdet und ungeschicklich wendet sie sich einem Augenblick zu uns, und erklärt kurz, der Graf sei unwohl... Nun ist es ein Glück, daß wir logen dürfen: Wir haben ihn schon gesehen. Das entmuffelt die Gräfin eingermaßen. Sie tritt aber nicht mit uns ein, wirft im Vorraum die Bücher umher und ruft irgend jemandem

mit böser Stimme zu: „Oben erst sind wir eingezogen!...“ Dann während wir in dem kleinen Zimmer warten, kommt noch ein junge Dame an; man hört Stimmen, ein heftiges Wachen, die schwächigende Worte des alten Grafen, der bei uns entzitt, zu streut und erregt einige Fragen stellt, und uns wieder verläßt.

Sie können sich denken, daß wir in viel Angst, zu unredliche Stunde gekommen zu sein, in dem kleinen Zimmer zurückzubleiben. Aber nach einer Weile tritt der Graf wieder ein; diesmal vollkommen und zugewandt, aufmerksam, uns mit seinen großen Blicken umspannend. Denken Sie, er schlägt uns einen Gang durch den Park vor. Statt des gemeinsamen Essens, das wir gefürchtet und bestenfalls erhofft hatten, gibt er uns die Möglichkeit, mit ihm allein zu sein in der schönen Landschaft, durch die er die schwere Gedanken seines großen Lebens trug. Er nimmt an den Mahlzeiten nicht teil, weil er, seit zwei Tagen wieder leidend, fast nicht als Mischkaffee nimmt, und so ist dieses die Stunde, die er den anderen leicht entziehen kann, um sie uns wie ein unerwartetes Geschenk in die Hände zu legen. Wir gehen langsam die engumwachsenen langen Wege entlang in reichem Gespräch, das von großen Wärme und Bewegung empfängt. Er spricht russisch, und wo der Wind mir nicht die Worte verdeckt, verheißt ich jede Silbe. Er hat die linke Hand unter seiner Wolljacke in den Gürtel geschoben, die rechte ruht auf der Krücke des Stodes, ohne sich schwer aufzustützen, und er blüht sich von Zeit zu Zeit, um mit einer Bewegung, als wollte er eine Blume mit dem um sie stehenden Duft einzufangen, ein Kraut zu pflücken, aus der hohlen Hand trinkt er das Aroma und läßt dann im Sprechen die leere Hand schlottern lassen in den vielen Ueberflus des wilden Frühlings, der dadurch nicht ärmer geworden ist. — Das Gespräch geht über alle Dinge. Aber alle Worte gehen nicht nach an ihnen vorbei, an den Außer-schleifen, sie drängen sich hinter den Dingen im Dunkel durch. Und der tiefe Wert von jedem ist nicht seine Farbe im Licht, sondern das Gefühl, daß es aus Dunkelheiten und Geheimnissen kommt, aus denen wir alle leben. Und jedesmal, wenn in dem Klange des Gesprächs das Nichtgemeinsame bemerkbar wurde, ging irgendwo ein Ausblick auf helle Hintergründe dieser Einigkeit.

Und so war der Weg ein guter Weg. Magnum im Winde wuchs die Gestalt des Grafen; der große Bart wachte, aber doch ernste, von der Einsamkeit gezeichnete Gesicht blieb ruhig, wie unberührt vom Sturm.

Wohl nachdem wir das Haus betreten, nahmen wir Abschied vom Grafen in dem Gefühl kindlichen Dankes und reich von Geschenken seines Wesens. Wir mochten niemanden mehr sehen an diesem Tage.

Veränderlichkeit der Blutgruppen. Neue Forschungen.

Ein griechischer Arzt, Dr. Diamantopoulos von der Athener Universitätsklinik, hat festgestellt, daß die Blutgruppenzugehörigkeit einer Person durch eine schwere Infektionskrankheit geändert werden kann. So meldet eine Presse-Notiz, die, wenn sie zuverlässig ist, von allergrößter Bedeutung in juristischer Beziehung ist. Man wird sich erinnern, daß vor wenigen Wochen in Ostpreußen eine Frau zu Suchthaus verurteilt wurde, weil sie einen Mann als den Vater ihres Kindes erklärt hatte, der nach seiner Blutgruppenzugehörigkeit niemals der Vater sein konnte. Das Kind hatte die Blutgruppenzugehörigkeit B und die Mutter die Blutgruppenzugehörigkeit O; der angebl. Vater A. Aus diesem Grunde mußte ein anderer Mann mit der Blutgruppenzugehörigkeit B der Vater des Kindes sein. Die Ärzte erklärten, daß die Blutgruppenzugehörigkeit unter allen Umständen vererbt werde, und eine Änderung dieser Tatsache innerhalb des menschlichen Körpers nicht möglich ist. Folglich mußte die Frau, die das Gegenteil behauptet hatte, wegen Meineides bestraft werden.

Nun hat der griechische Arzt Diamantopoulos angeblich die Feststellung gemacht, daß im Laufe von Sphylis- oder anderen schweren Infektionskrankheiten die Blutgruppen im Menschen innerhalb weniger Wochen einer Veränderung unterliegen, so daß z. B. eine Frau, die noch wenige Wochen vorher zur Blutgruppe O gehörte, fünf Wochen später die Blutgruppe A aufweist.

Durch diese Feststellung sind die Anschauungen der Gelehrten erschüttert. Es ist also durchaus nicht die Rede von einer Unveränderlichkeit der Blutgruppen und der Vater, der heute Blutgruppe O hat, kann demnach ein Kind mit der Blutgruppenzugehörigkeit B haben, denn zurzeit, als er das Kind zeugte, kann er eine andere Blutgruppe gehabt haben, als heute. Man wird diese Forschungen des griechischen Arztes vorher in Deutschland aufs genaueste nachprüfen müssen, bevor man daran denken kann, die bisherigen feststehenden wissenschaftlichen Ergebnisse anzutasten oder umzustößeln. Sollte sich die Tatsache ergeben, daß ansteckende Krankheiten die Blutgruppen der Menschen verändern können, dann wird man fordern müssen, daß alle Prozesse, die auf dieser umstößlichen These aufgebaut worden sind, eine Revision erfahren. Denn ebenso gut, wie eine schwere Erkrankung die Blutgruppenzugehörigkeit ändern kann, ohne daß wir bisher eine Ahnung davon hatten, können andere, bisher noch unbekannte Ursachen für ähnliche Erscheinungen geltend gemacht werden. Bisher ist wohl noch niemals ein Mensch von seiner Geburt bis zum Tode auf seine Blutgruppenzugehörigkeit dauernd untersucht worden. Es ist darum auch etwas gewagt, zu behaupten, daß sich niemals die Blutgruppenzugehörigkeit ändert.

Der einsame Forscher in der Taiga.

Im Sommer 1908 fiel in der nordrussischen Taiga ein Meteorstein nieder. Die primitiven Einwohner erzählten von einem Feuerstein, der vom Himmel gefallen sei, den Wald in Brand gesetzt und die Tiere verheert habe. Die russische Akademie der Wissenschaften schenkte dem Fall damals wenig Aufmerksamkeit. Ein Gelehrter, Prof. L. Kulik, jetzt Leiter des Mineralogischen Museums in Semirad, beschloß, an Ort und Stelle Nachforschungen anzustellen. Der Meteor liegt in einer schwer zugänglichen Gegend, tausend Kilometer von einer Eisenbahnstation entfernt in der Nähe der Siedlung Banowara, einem Gebiet, das von den zahlreichen

Nebenschlägen der Katanga häufig überschwemmt wird. Kulik erhielt von der Akademie 3000 Rubel für die Organisation seiner Expedition. Diese Summe reichte selbstverständlich nicht aus. Kulik unternahm daher eine Vorrausreise durch ganz Rußland, um auf diese Weise die erforderlichen Geldsummen zusammenzubringen. Im Sommer 1927 verließ der Gelehrte mit zwei Gehilfen die sibirische Stadt Krasnojarsk. Die Strapazen der Reise waren groß. Der Gelehrte war häufig gezwungen, das schwer beladene Boot von einem Fluß über das wellige Gelände zum andern zu schleppen. In Begleitung von Tungusen gelangte der Gelehrte endlich an die Stelle, wo der Meteor gefallen war. Kulik machte eine genaue Aufnahme der Gegend und kehrte nach Krasnojarsk zurück. In Leningrad stellte sich heraus, daß die Akademie der Wissenschaften nicht in der Lage war, eine zweite Expedition zu finanzieren. Kulik wandte sich daher an den Rat der Volkskommissare, der ihm 5000 Rubel bewilligte. Mit den nötigen Instrumenten ausgerüstet, begab sich der Gelehrte zum zweitenmal in die Taiga. Die Mitbringer der Expedition gedachten, sich in der Taiga mit Wurzeln, Fischen und Beeren zu ernähren, und hatten deshalb nur ungenügend Konserver bei sich. Sie hatten sich getäuscht. Die fürchterliche Dürre des vorangegangenen Sommers hatte die Wälder und Beeren vernichtet. In den ausgestrochneten Flußbetten gab es keine Fische. Die Teilnehmer der Expedition kehrten daher nach Banowara zurück; Kulik selbst wollte unter keinen Umständen seine Arbeit unterbrechen und entschloß sich daher, allein in der Taiga zu bleiben. Der Gelehrte, dem nur ein geringer Vorrat von Lebensmitteln zur Verfügung steht, lebt jetzt vollkommen allein im Urwald und wartet auf die Hilfeexpedition, die ihm das sibirische Exekutivkomitee versprochen hat, also es von der Lage des Gelehrten erfährt.

Altäre aus Menschenknochen.

Menschliche Gebeine sind gewiß ein merkwürdiger Schmuck für eine Stätte der Gottesverehrung, aber es scheint, daß schon in vorgeschichtlichen Zeiten die Menschen Knochen von ihren Altären aufbauten, die wahrscheinlich von Menschenopfern herrührten, die den Göttern dargebracht wurden. Noch heute gibt es Erinnerungen an diesen uralten Brauch. So ist die Allerheiligstengrotte in dem Hochschwarzwaldischen Ort Söbelen, der etwa 60 Kilometer östlich von Prag liegt, das Ziel vieler Reisenden, die hier die merkwürdige Ausschmückung des Altars besichtigen. Der Altar dieses aus dem 12. Jahrhundert stammenden Gotteshauses ist mit Leinwandbeleg geschmückt, und große Mengen von menschlichen Knochen sind hier aufgehäuft, die in ihrer symmetrischen Anordnung deutlich die Absicht verraten, damit eine Herde zu schaffen. Leidenschaftliche Andenkensammler haben der Verletzung nicht widerstehen können, einige dieser düsteren Reliquien mitzunehmen, und so ist die Kirche jetzt unter strenge Bewachung gestellt, um einen berüchtigten Raub zu verhindern. Eine ähnliche Schmuckstück ist das „Beinhaus“ von Raters, das sich in der Nähe der schweizerischen Stadt Brieg an der italienisch-schweizerischen Grenze befindet. Die Schädel- und Beckenknochen zahlreicher Toter sind hier sorgfältig aufgehäuft, und manche Schädel sind mit Händen umwunden, die an der Seite große Schellen haben. Es gibt auch noch andere solche Beinhäuser in Europa, so z. B. das bei der Kirche von Hoffstatt, in dem die Überreste aus den Gräbern des alten Kirchhofes gesammelt sind. So all diese Stätten von Reisenden viel besucht werden, die sich gern einen gruseligen Eindruck verschaffen, so hat man behauptet, daß manche dieser merkwürdigen Anlagen weniger durch uralte Ueberlieferung, als durch den Wunsch, den Fremdenverkehr zu heben, hervorgerufen worden sind.

„Weltstadt“ gegen Gastwirtsangestellte.

§ 11 als Polizeistundenerlass.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, unter dem Signum Gastwirtsangestellte gegen „Weltstadt“ die Internationale Automobilausstellung zum Anlaß nehmen zu können, um wegen des „gewaltigen Fremdenverkehrs“ einen Vorstoß gegen die Polizeistunde unternehmen zu müssen. Es sind oft gehörte Argumente, die vorgebracht werden, um das gänzliche Fallen der Polizeistunde zu fordern. „Die großen Bälle haben ja begonnen“, so klagt das Blatt. „Große Veranstaltungen in privaten Kreisen folgen ihnen. Da wollen die Teilnehmer, durch die Geselligkeit des Abends angeregt, hinterher noch an anderer Stelle, in anderer Luft, in kleinerem Kreise, Gedanken austauschen, neu angespannte Beziehungen vertiefen.“

Für die „Vertiefung“ der Beziehungen halb oder ganz Betrunkenen sollen die Gastwirtsangestellten auf jede Beschränkung und Regelung der Arbeitszeit verzichten. Die Gäste auf Bällen und Dinners haben von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ausgiebig Gelegenheit, „Gedanken auszutauschen und Beziehungen zu vertiefen“. Der Hinweis darauf, daß die Gastwirtsangestellten durch die Aufhebung der Polizeistunde erhöhte Verdienstmöglichkeiten hätten, ist hinfällig, ganz abgesehen davon, daß eine solche vorübergehende Erhöhung auf Kosten einer dauernden Schädigung der Gesundheit des Angestellten geht. Darüber hinaus ist bekannt, daß die große Mehrheit der Gaststätten nicht einmal die 3-Uhr-Polizeistunde ausnutzt, sondern aus Mangel an Gästen schon vorher schließt.

Erfordernisse der „Weltstadt“? Macht eine Weltstadt aus, daß Tag und Nacht alle Kneipen geöffnet sind? Paris, gewiß auch nach Ansicht des „Berliner Tageblatts“ eine Weltstadt, kannte vor dem Krieg nur die 2-Uhr-Polizeistunde, und in London wird im allgemeinen schon um 12 Uhr geschlossen. Billigere Beweisgründe für eine Aufhebung der Polizeistunde, als das „Tageblatt“ sie vorträgt, waren schwerlich anzuführen.

Damit das Komische nicht fehlt: „Im Frieden.“ so heißt es im „Tageblatt“, „sah man nach den Hofbällen selbst kommandierende Generale im Ordensschmuck im damaligen Café

Bauer bis in den grauen Morgen beim Bismarck-Platz.“ Wenn der Rüstetier um 9 Uhr abends Zapfenstreich hat, braucht der General für sich den Zapfenstreich nicht auf 9 Uhr morgens anzulegen.

Der Polizeipräsident wird dem Ansuchen des bürgerlichen Blattes nicht stattgeben. Die organisierten Gastwirtsangestellten werden eine Aufhebung der Polizeistunde über 3 Uhr nachts hinaus energisch wehren. Nicht aufgehoben, auf eine frühere Stunde müßte die Polizeistunde herabgesetzt werden.

Mißstände bei der „Mitropa.“

Man schreibt uns: Die Direktion der „Mitropa“ entläßt die notwendigsten Arbeitskräfte und stellt dafür um so mehr Kontrollleure und Aufseher an, die sich um den Nachweis ihrer Existenzberechtigung bemühen, indem sie das Personal schiknieren und sich dabei zum Teil ganz ordinärer Redensarten bedienen.

Der Tarifvertrag scheint für den Inspektor Eggler vom Anhalter Bahnhof nicht zu existieren, sonst könnte er die Schaffner bei Ankunft auf dem Bahnhof, nachdem ihr Dienst beendet ist, nicht Stundenlang auf Abfertigung warten lassen. Auch der Kontrollleur Augst läßt sich durch den Tarifvertrag nicht stören. Bei Ankunft eines Zuges soll sämtliches Geschirr abgemacht sein. Das ist möglich, wenn der Betrieb im Speisewagen rechtzeitig zuvor eingestellt wird. Allein eine Anordnung hierzu besteht nicht, wird auch nicht getroffen, trotzdem soll bei Ankunft die Küche in Ordnung sein.

Das Speisewagenpersonal hat bei einer Fahrtragschwindigkeit von 90 Kilometern und mit primitiven Mitteln ein größeres Arbeitspensum zu leisten als in einem Berliner Restaurant. Bei einer 10- bis 16stündigen Arbeitszeit gibt es keine Essenspausen. Ist der Zug fast beendet, muß der Angestellte sein Essen während der Arbeit im Stehen einnehmen. Die Kost bildet einen Teil der Entlohnung. Nimmt ein Angestellter über die ihm zugeteilten Speisen mit nach Hause, weil er aus Geschäftsinteresse während der Fahrt keine Zeit zum Essen übrig hatte, so wird er fristlos entlassen. Deshalb sind für das gesamte Fahrpersonal feststehende Essenspausen zu fordern.

Die Schlafwagenschaffner müssen sprachgewandt sein und ziemlich Dienstkenntnisse besitzen. Ihre Dienstvorschriften bilden ein dickes Buch und ihr Monatsgehalt beträgt 120 M.

Trotz der Erhöhung der Fahrpreise lassen sich die Kassenbesitzer den Schaffner noch mit bezahlen, durch Urlaubsgeld, das dem Schaffner schon von vorherhin bei seinem Lohn in Anrechnung gebracht ist, das also der Schaffner für die Direktion der Mitropa einnimmt.

Seit Jahren wurde den Schaffnern Wendegeld im Betrage von 13 Mark gezahlt. Es wurde den Schaffnern entzogen, worauf das Arbeitsgericht feststellte, daß es bis Ende November weitergezahlt sei. Daraufhin kündigte die Direktion der noblen Mitropa sämtlichen Schaffnern diese außerordentliche Zulage.

Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter, Versammlung aller auf Umstehenden Toden stehenden Ortsgruppen-Delegierten des Verbandes am Donnerstag, 15. November, 19½ Uhr, im Großen Saal des Palais des Armtrums, Rosenstraße 26. Zutritt haben nur die Geladenen unter Vorlegung des Mitgliedsbuches der Leitung und des SPD-Mitgliedsbuches. Es wird gebeten, pünktlich um 19 Uhr zu erscheinen.

Wahlung, Arbeitsamt Nord: Am Freitag, 16. November, 16¼ Uhr, im Verghenim, Schöneberg, 1 (Restaurationsgang), wichtige Versammlung aller SPD-Mitglieder. Tagesordnung: 1. Bericht des Gen. R. Riekmann über: Die Kampfe der Sozialdemokratie in Gegenwart und Zukunft. 2. Neuwahl des Vorstandes. Zutritt nur gegen Parteiausweis. Der Nationalsozialist.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, laden die Gruppen: Zentrum: Jugendheim Schöneberg, 24-26, Gutfeldstr. — Weiden: Gruppenheim Weiden, Poststr. 26, Rosenaustr. — Baumgartenweg: Gruppenheim Baumgartenweg, Grünh. 16, Volkswirtschaftliche Plaudereien. — Kottbus: Jugendheim Kottbus, 29 (Sofa), 1. Reihenortstr. — Hasen: Hasen: Jugendheim Hasen, 11 (Friedrichstr.). — Vorsitzender: Kottbus. — Redner: Beginn des Jugendbundes im Jugendheim Gropzburger Str. 26. Thema: Jugendpolitik. Referent: Dr. Peter Fleischmann. — Abhaltung: Die Jugendberufshilfe ist heute von 16½-30 Uhr im Zimmer 7a des Jugendzentrums, Engelstr. 24-25, geöffnet.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Schöneberg: Jugendheim Schöneberg, 1 (Bediengheim). Vortrag: „Tage der Revolution“. — Hasen: Jugendheim Hasen, 11. Vortrag: „Meine Englandreise“. Referent: Weigel. — Hasen: Jugendheim Hasen, 11. Vortrag: „Tische und Wädel in der Jugendbewegung“. Referent: Wolfgang Schütz-Frenkel. — Hasen: Jugendheim Hasen, 11. Vortrag: „Wädel“. Referent: Jugendheim Hasen, 11-4. Vortrag: „Wädel“. Hier wird gelacht. — Hasen: Jugendheim Hasen, 11. Vortrag: „Wädel“. Referent: Wädel. Schütz-Frenkel.

Theater, Lichtspiele usw.

| | |
|---|---|
| Mittw., d. 14. 11. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 137 19½ Uhr Der ferne Klang | Mittw., d. 14. 11. Städtische Oper Bismarckstr. Tarnus IV 19½ Uhr Die Zauberflöte |
| Staats-Oper Am P.L. d. Republ. R.-S. 185 20 Uhr Die heimliche Ehe | Stahl. Schauspielh. Am Isardamm A.-V. 201 20 Uhr Gespensster |
| Staatl. Schiller-Theater, Charlitzbg. 19½ Uhr: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. 20 Uhr: Die Weber. | |

SCALA

8 Uhr B 5, Barbarossa 9256
Jack Hylton, der unumstrittene Jazz-König Europas, mit seinen 17 Solisten und weitere zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars.

Größtes Schauspielhaus 8 CASANOVA

mit Michael Bohnen. Regie: Charel.
Sonntag 8 U.: Nachmittags-Vorstellung u. halb. Preisen (ungekürzte Vors.).

Komische Oper James-Klein-Revue: Tausend nackte Frauen!

Die große Revue der „Freien Liebe“
Parkett nur 4,50 Mk.

8½ Uhr CASINO-THEATER 8½ Uhr Lothringer Straße 37.

Nur noch wenige Aufführungen.
Stöpsel
Dazu ein erkrankter banter Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1,15 M., Sessel 1,45 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

CIRCUS BUSCH

8 Uhr Täglich 8 Uhr
Das menschl. Bakfengeschö
ein Gracianspiel vor dem
Circus an die Berliner
und das vollkommen neue
November-Programm.
Zum Schluss:
Die erste Sporttruppe Berlins
in 16 grandiosen Bildern.

Volkstheater

Der lebende Leichnam
Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper
Thalia-Theater
8 Uhr
Schneider Wibbels Auferstehung
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Die Weber

Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valent, Ander, Geron, Schaufuß, Köhl, Lenja.
Schauspiel: Berlin 1141 u. 231

Deutsches Theater

Norden 12310
Vorverkauf auch im Pavillon d. Reinhardttheater, Kurlstr. 10, Ecke Uhlandstraße Bismarck 448 u. 449.
8 Uhr, Ende gegen 11

Die Komödie

Bismarck 2414-7810
7½ Uhr
Deutsche Uraufführung
„Olympia“
von Franz Molnar
Regie: Forster Larrinaga.

Haller-REVUE

„Schön und schick“
Th. im Admiralsplatz
Täglich
8½ Uhr

Thalia-Theater

Oresander Str. 72-73
8 Uhr
Schneider Wibbels Auferstehung
Reinh. Grotzschki.

Sailenberg-Bühne

Ota, Künstler-Th.
8 Uhr
Die Herzogin von Chicago
Oper von Emmerich Kalman
Cassino-Theater
8½ Uhr
Alb. Bassermann, Lucie Mannheim
„Der Lamberbier“
Drama von Louis Verneuil.

Metropol-Theater

Täglich 8½ Uhr
Friederike
Musik von Franz Lehar
Räthe Dorich
Richard Tauber
Gilde Wörner • Seppermann
Grünh. 16 • Gropzburger
Bura Reg. Limburg • Kaiser-Tig
Die Kasse ist den ganzen Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 9393

Theater des Westens

Täglich 8½ Uhr
Josephine Baker
in der neuen Revue
Mus. v. Fr. Holländer
mit
Hal Sherman.

Kleines Theater

Täglich 8½ Uhr
Max Adalbert
in
Der Dickkopf
Sandrock, Landt, Störter, Sikis.

Barovsky-Bühne

Di. Königgrätz, St.
Täglich 8½ Uhr
Der Frauarzt
Schauspiel von Hans J. Rehlich
St. nachm. 3¼, 4 Uhr
Kleine Preise
Der rote General

Komödienhaus

Bismarck 2414-7810
Tgl. 8½, Ende 10½
Perlenkomödie
von Bruno Frank
Stg. nachm. 3¼, 4 Uhr
Kleine Preise
Mein Vater hat Recht gehabt

Renaissance-Theater

8½, Heale 8½
Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. — Deutsch
von Paul Ezer. Regie: Guss. Hartung.

Reichshallen-Theater

Abends 8 Sonnt. nachm. 3
Sittlicher Sänger
Neul Neul
Hamlet im Heringsladen
Burlaske v. Meyzel
Nachm. halbe Preise, volles Progr.
Vorkonzert: Varieté — Konzert — Tanz.

Berliner Uk-Trio

Neukölln. Labstr. 74/75

Wissen Sie schon, daß dieser

feinfarbige Spangenschuh mit geschweiftem od. Trotteurabsatz
feinfarbige Spangenschuh mit Crèpegummisohle
praktische Ueberschuh

10.90

kostet?

HERMANN

Leipzig Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Str. * Wilmersdorfer Straße * Brunnenstrasse * Kottbuser Damm * Andrasstrasse * Chausseestrasse

Theater n der Stadt

Am 9. 9. 8½, 9 Uhr
Spiel im Schloß
Aussch. von Franz Hofner,
Regie Eugen Stober,
Vom Schloß, Post Karz,
Lied, Schloß, Lied, Schloß,
Schloß.

Muspielhaus

Friedrichstr. 236
Bergmann 2922/23
Täglich 8½, 1 Uhr
Das Zerstört von Berlin
Arm wie eine Kirchenmaus

Planetarium am Zoo

1. Jochstraße 11
Voll. 157
16 Uhr
Sternhimm
im Winter
18 Uhr
Jde und Weltraum.
20 Uhr
Sonne u. Sterne

WALHALLA-THEATER

815
Varleté u. Tanz!
KIRCH 50 Pl.

Theater a. Kottbuser

Kottbuser Str. 6 Tel. Min. 100
Täglich 8 Uhr, auch Sonnt.
achm. 1 Uhr erm. 25. Preis
Elite-Sänger
„Dietrich, der Herrsche nicht“
Waldensmarkt
Stammisch „Halla“
Folkstheater: Mk. 0,50 u. 1,00, Lorenz